

## Terrorismus

### Im Zeitalter der Globalisierung

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 werden als dramatischer Schlusspunkt der euphorischen 90er Jahre, als "Ende der Spaßgesellschaft", in die Geschichte eingehen. Viele glaubten, in einer global vernetzten Welt hätten sich endgültig die Werte des Westens durchgesetzt, doch die westlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit, Gewalt, Frieden und Freiheit werden von neuen, vor allem religiösen Fanatismen bedroht, die ihre Wurzeln und ihren Nährboden im wachsenden Gefälle zwischen den reichen und den armen Völkern haben.

Amerikanische Stimmen fragen immer wieder, wer denn die USA so abgründig tief hasse, dass er zu solchen Schreckenstaten fähig sei. Mit den Worten des amerikanischen Präsidenten *George W. Bush*: **"Wie ich reagiere, wenn ich sehe, dass es in manchen islamischen Ländern einen giftigen Hass auf Amerika gibt? Ich will Ihnen sagen, wie ich reagiere. Ich bin entgeistert. Ich kann es einfach nicht glauben, weil ich weiß, wie gut wir sind."** Der amerikanische Politikberater *Samuel P. Huntington*, bekannt geworden durch seine Theorie vom **"Kampf der Kulturen"**, erklärte jüngst dazu, die USA sei **"die einsame Supermacht, ein isoliertes Land, außer Tritt mit dem Rest der Welt und sie wird von zwei Dritteln der Weltbevölkerung als Bedrohung empfunden"**. Ihre Sünden seien Macht, Größenwahn und Gier, die USA seien die hässliche Fratze der Globalisierung.

Tatsächlich haben die USA in der Dritten Welt, wo die überwältigende Mehrheit der Menschheit lebt, kaum Freunde, sondern im besten Falle opportunistische und häufig wankelmütige Partner. Die hohe Politik in Washington muss zur Kenntnis nehmen, dass es in den gigantischen Slums der Dritten Welt im Kampf gegen den Terror keine verlässlichen Alliierten geben wird, solange die Menschen nicht konkrete Aussichten auf ein besseres Leben erhalten. Der Krieg, den Amerika und mit ihm seine westlichen Alliierten am 11. September 2001 erklärt haben, kann letztlich nur gewonnen werden, wenn er nicht nur gegen die Terroristen und ihre Hintermänner geführt, sondern wenn es auch einen Kampf gegen die Armut und Verelendung in der Dritten Welt geben wird.

### 1. Definition

"Politik ist stets ein Machtkampf", schrieb der Soziologe *C. Wright Mills*. Und: **"Die höchste Form der Macht ist Gewalt."** Der Terrorismus ist dort zu finden, wo legitimierte Macht auf politisch nicht legitime Gewalt trifft. Jeglicher Terrorismus enthält das Streben nach Macht, nämlich Macht zu dominieren und zu erzwingen, einzuschüchtern und zu kontrollieren, um schließlich einen fundamentalen Wandel zu bewirken. Terroristen wollen über die unmittelbaren Opfer oder Ziele ihres Angriffs hinaus weit reichende psychologische Effekte erzielen. Gewalt oder die Androhung von Gewalt ist daher eine unerlässliche Voraussetzung für die Terroristen.

Beim Begriff des Terrorismus handelt es sich um ein *"Konzept des politischen Diskurses"* [Anm.: Noam Chomsky, Professor für Linguistik und Philosophie am Massachusetts Institute of Technology (MIT), gilt als der bedeutendste zeitgenössische Linguist. Die *New York Times Book Review* schrieb, dass Chomsky "in Hinsicht auf Rang, Macht, Innovation und Einfluss des Denkens als der wichtigste Intellektuelle der Gegenwart angesehen wird".], das in Abhängigkeit vom politischen und moralischen Standpunkt der Beteiligten sehr unterschiedlich verwendet wird (daher finden sich in der Literatur mehr als 100 Definitionsversuche). Politisch dient der Begriff des Terrorismus vor allem dazu, strafwürdigen Gewalttaten (Attentaten, Mord, Geiselnahmen etc.) jede mögliche Legitimität abzusprechen (Widerstand, Tyrannenmord, Guerillakrieg etc.). Nach innen gerichtet dient die Bezeichnung der Gewalt als Terrorismus der Identitätsstiftung und kollektiven Selbstvergewisserung, dass die Gewalt Unschuldige getroffen hat. Gleichzeitig erwächst daraus eine Bekräftigung des staatlichen Gewaltmonopols sowie die Legitimierung staatlicher Gegengewalt bzw. präventiver Gewalt und repressiver Maßnahmen. Generell präsentieren Regierungen den "Terrorismus" als Bedrohung ihrer Ordnung. Eine im deutschen Sprachgebrauch gängige Definition lautet:

**Terrorismus beinhaltet planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge aus dem Untergrund gegen eine politische Ordnung. Sie sollen Unsicherheit, Angst und Schrecken, aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen.**

Terrorismus ist also eine politische Strategie, die vor allem mit politischen und sozialen Motiven zu tun hat, weniger mit Religion. Durch die Androhung oder Ausführung von Gewalttaten sollen unterschiedliche Ziele erreicht werden: Ein Gefühl existenzieller Verunsicherung bei der bekämpften sozialen Gruppe oder ihre direkte Schwächung, die Erzeugung von Angst und Schrecken innerhalb der Gesellschaft, aber auch Sympathie bei potenziellen Unterstützern sowie die Gewinnung von größtmöglicher Aufmerksamkeit für die Ziele. Die Gewalttaten werden geplant und kommen aus dem Untergrund. Sie richten sich entweder direkt gegen Symbole und Repräsentanten des bekämpften Systems oder gegen völlig unbeteiligte Zivilisten, um so das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit zum Bürgerschutz zu untergraben.

Gruppen, die zu terroristischen Aktionen greifen, sind zu schwach, um sich innerhalb des etablierten politischen Prozesses Gehör zu verschaffen. Die Gewalt ist Mittel, um einen Teil des öffentlichen Raums besetzen zu können. Anders als Kriminellen geht es den Terroristen nicht um einen persönlichen Vorteil. Sie berufen sich auf ein höheres Prinzip. Mit spektakulären Taten will man erreichen, dass sich die Öffentlichkeit für die tiefer liegenden Gründe der Gewalt zu interessieren beginnt. Die Gewalt hat nur einen symbolischen Stellenwert, dem Terroristen geht es also nicht um den eigentlichen Zerstörungseffekt seiner Aktionen. Diese sind nur ein Mittel, eine Art Signal, um einer Vielzahl von Menschen etwas mitzuteilen.

Michail Bakunin, der Prediger des Anarchismus, sprach in seinem "Revolutionären Katechismus" (1869) von der "Propagandawirkung" des Terroraktes. Der Terrorismusexperte Bruce Hoffman aus Washington weist nach, dass die Medien "beinahe mit ungezügelter Bereitwilligkeit" die speziell nach ihren Bedürfnissen inszenierten terroristischen Angriffe konsumieren. Terroristen legen bei der Durchsetzung ihrer Ziele großen Wert auf "PR-Arbeit". **"Terrorismus ist seiner Natur nach eine psychologische Waffe"**, schreibt der Terrorismusfachmann Paul Wilkinson, "er setzt darauf, eine Bedrohung an ein größeres Publikum zu verbreiten". Ohne Medium aber wäre auch die Botschaft der Terroristen weitaus weniger bedrohlich. **Terrorismus, das gilt es also festzuhalten, ist primär eine Kommunikationsstrategie sowie eine Form der psychologischen Kriegsführung.**

**Ausgehend von diesen Überlegungen ergeben sich zwei Fragen**

- **Welcher Art sind die Botschaften, die Terroristen äußern wollen?**
- **Auf welchen Kommunikationsraum sind sie dabei angewiesen?**

Auf die erste Frage wird in der Literatur überwiegend mit der Feststellung geantwortet, die Terroristen versuchten, eine allgemeine Stimmung der Furcht und des Schreckens zu erzeugen, um das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit, die Bürger zu schützen, zu untergraben. Terroristen sind aber auch darauf angewiesen, nach Bundesgenossen Ausschau zu halten und um Sympathie und Beistand für ihre politischen Anliegen zu werben. Ihre Anschläge sind deshalb für einen Teil der Bevölkerung als Hoffnungszeichen gedacht, sie sollen zumindest Schadenfreude, eventuell aber auch die Bereitschaft auslösen, die Terroristen in ihrem Kampf zu unterstützen.

Bei der zweiten Frage ist folgendes zu bedenken: Damit ihre Gewaltsignale beachtet werden, ziehen Terroristen als Aktionsbühne relativ gewaltfreie politisch-gesellschaftliche Systeme vor, wie sie beispielsweise die westlichen Industrieländer darstellen. Die Wirkung von Terroranschlägen ist umso größer, je mehr Raum sie im öffentlichen Bewusstsein bekommen. Gewaltbotschaften werden aber nur dann als solche wahrgenommen, wenn der öffentliche Raum nicht ohnehin bereits dicht mit Gewalthandlungen besetzt ist und wenn man sie nicht inflationär vermehrt. Je schockierender ein Ereignis, desto mehr Aufmerksamkeit zieht es auf sich. So lässt sich die oft besonders hohe Brutalität von Terroristen erklären.

## **2. Schwierigkeit der ethischen Bewertung vom Terrorismus**

Das Wort "Terrorismus" [Anm.: von lat. *terror* = Schrecken, Schrecken bereitendes Geschehen] wurde zum ersten Mal während der Französischen Revolution allgemein gebräuchlich. Im Gegensatz zu seiner heutigen Verwendung hatte der Begriff damals einen entschieden positiven Beiklang. Das System oder "regime de la terreur" der Jahre 1793/94 wurde während der Schreckensherrschaft der *Jakobiner* als ein Instrument zur Durchsetzung von Ordnung gebraucht. Es zielte darauf ab, die Macht der neuen Regierung durch Einschüchterung von Konterrevolutionären, subversiven Elementen und allen anderen Andersdenkenden, die das neue Regime als "Volksfeinde" betrachtete, zu festigen. Ursprünglich hing der Terrorismus sehr eng mit den Idealen der Tugend und der Demokratie zusammen. Der Revolutionsführer *Robespierre* glaubte fest daran, dass die Tugend die Hauptquelle einer volkstümlichen Regierung in Friedenszeiten sei, sie aber während revolutionärer Phasen mit dem Terror verbunden sein müsse, damit die Demokratie den Sieg davontragen könne. Er proklamierte: **"Terror ist nichts anderes als Gerechtigkeit, sofortige, unnachsichtige und unbeugsame Gerechtigkeit; er stellt daher eine Ausdrucksform der Tugend dar."** Die Worte des französischen Revolutionärs *Saint-Just*: "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit" scheint sich Innenminister Otto Schily zu eigen gemacht zu haben.

Nach dem 2. Weltkrieg gewann der Begriff Terrorismus seine revolutionären Anklänge zurück, mit denen er heutzutage assoziiert wird. Ebenfalls in jener Zeit kam die politisch korrekte Bezeichnung "Freiheitskämpfer" in Mode, als ein Ergebnis der politischen Anerkennung, welche die internationale Gemeinschaft den Kämpfern für nationale Befreiung und Selbstbestimmung zukommen ließ. Viele gerade erst unabhängig gewordene Länder der Dritten Welt und die Staaten des kommunistischen Blockes übernahmen diese Sprachregelung und argumentierten, dass Personen oder Bewegungen, die gegen "koloniale" Unterdrückung und westliche Vorherrschaft kämpften, nicht als Terroristen, sondern als Freiheitskämpfer charakterisiert werden sollten.

Diese Position wurde in herausragender Weise durch den Präsidenten der *Palästinensischen Befreiungsorganisation* (PLO), *Yassir Arafat*, dargelegt, als er im November 1974 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen sprach. **"Der Unterschied zwischen dem Revolutionär und dem Terroristen"**, behauptete Arafat, **"liegt in dem Grund, warum er kämpft. Denn wer immer sich für eine gerechte Sache und für die Freiheit und Befreiung seines Landes von Eindringlingen, von Siedlern und Kolonisten einsetzt, kann unmöglich als Terrorist bezeichnet werden"**.

Ein wichtiger Punkt ist die Frage, ob jegliche Form des Terrorismus moralisch verwerflich sei. Aber eine solche totale Verurteilung terroristischer Gewalt ist historisch kaum haltbar. Sogar die katholischen Theologen des Mittelalters fanden gute Gründe für Tyrannenmord, und in jüngerer Vergangenheit können zum Beispiel der Anschlag auf *Hitler* oder das erfolgreiche Attentat auf *Heydrich* (Stellvertretender Reichsprotektor in Böhmen und Mähren) wohl nicht als verwerflich gelten. Terrorismus mag die einzige Möglichkeit zum Sturz einer brutalen Diktatur sein, die *Ultima ratio* freier Männer und Frauen, die sich einer unerträglichen Verfolgung ausgesetzt sehen. Die Ermordung von *Hitler* oder *Stalin* am Anfang ihrer Karriere hätte Millionen Menschen das Leben gerettet. Die Schwierigkeit ist also nicht, dass der Terrorismus stets unververtretbar gewesen wäre, sondern vielmehr, dass er von Fanatikern und Wahnsinnigen im Namen der Freiheit und Gerechtigkeit missbraucht wird.

### 3. Begriffsabgrenzung: Terrorist / Freiheitskämpfer / Terror / Guerilla / Neue Kriege

Abhängig von der Sympathie oder Ablehnung, die man den Zielen von Gruppen, die Gewalt als Mittel der Politik einsetzen, entgegen bringt, wird man sie als Terroristen oder Freiheitskämpfer bezeichnen. Die Frage, ob der Einsatz von Gewalt in gewissen Situationen legitim ist, wird je nach Standpunkt des Betrachters unterschiedlich beantwortet werden. Staaten definieren Gruppen, die gegen sie kämpfen, immer als terroristisch oder als kriminell, auch wenn sie nach unseren Maßstäben ein legitimes Ziel wie z.B. die Demokratisierung der jeweiligen Gesellschaft verfolgen. Dieses Dilemma verhindert eine allgemein gültige Definition von Terrorismus und somit auch seine internationale Ächtung und Bekämpfung. Die öffentliche Wahrnehmung kann sich im Laufe der Zeit ändern. Schon mancher, der als Terrorist verfolgt wurde, ist erst zum Freiheitskämpfer befördert und dann zum Ministerpräsidenten gewählt worden, wie *Menachem Begin* in Israel, der im Juli 1946 das Jerusalemer Hotel "*King David*" in die Luft gesprengt hatte (91 Tote). Oder die *PLO*, die lange als eine gefährliche terroristische Vereinigung galt. Heute ist sie weltweit anerkannt, ihr Vorsitzender *Yassir Arafat* bekam 1994 den Friedensnobelpreis.

Maßnahmen von Staaten zur Bekämpfung ihrer Feinde ähneln andererseits gelegentlich terroristischem Handeln. Die Liquidierung potenzieller Terroristen durch den israelischen Geheimdienst *Mossad* ist hierfür ein Beispiel.[Anm.: Die israelische Regierung versucht gezielt, die militanten Führungskader u.a. der palästinensischen Organisationen Hamas, Hisbollah, Yihad Islami und der PLO (Leibgarde Force 17) zu liquidieren. Sie spricht dabei nicht von "Mordkommandos" (Hit Teams), sondern von "Undercover Counter-Terrorism Units". Von Beginn der Intifada im September 2000 bis Ende Juli 2001 wurden bereits 58 arabische Militante exekutiert.] Oder beispielsweise das Vorgehen der USA in Libyen, El Salvador, Guatemala, Grenada, Sudan. Autoritäre und totalitäre Staaten setzen Gewalt ein, um ihre Macht zu sichern. Das Ziel ist auch hier die Erzeugung von Angst und Schrecken. Auch staatliche Schreckensherrschaft wird als Terror bezeichnet. Es empfiehlt sich aber, den Terrorismus als eine bestimmte Form des Angriffs gegen den Staat von Terror als staatlicher Schreckensherrschaft zu unterscheiden. Sicher teilen aufständischer Terrorismus und staatlicher Terror gewisse Züge, insbesondere ein auf der systematischen Verbreitung von Furcht und Schrecken beruhendes Machtkalkül. Doch verbieten gravierende Unterschiede zwischen ihnen, beide in einem Atemzug zu nennen.

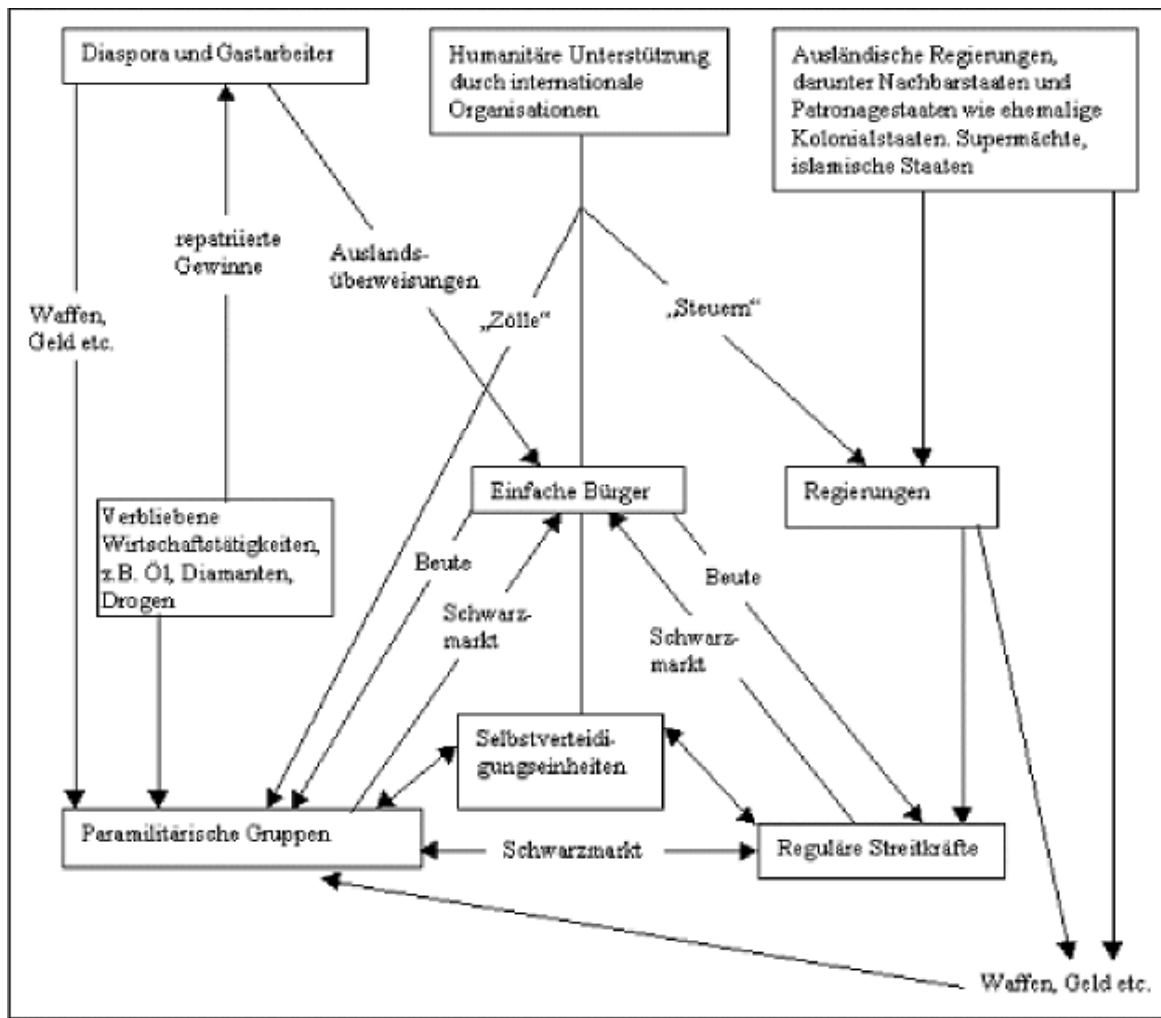
So fordert Regimeterror in der Regel ungleich mehr Menschenleben als aufständischer Terrorismus. Man denke nur an den Naziterror, die Sowjetunion unter Stalin oder die chinesische Kulturrevolution, als jeweils Millionen von Menschen dem Terror zum Opfer fielen. Auch kann ein Staat im Zeichen einer bestimmten Ideologie (wie dies *Hannah Arendt* für totalitäre Staaten aufgezeigt hat [Anm.: Vgl. Hanna Arndt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main 1958.]) Terror zum Hauptgesetz seines Handels machen, ohne sich allzu sehr um die Reaktion der Bevölkerung zu kümmern. Dazu kommt, dass Terroristen auf die Massenmedien angewiesen sind, während bei Terrorregimen bereits die Flüsterpropaganda zur Verbreitung der Schreckensbotschaft ausreicht.

Terroristen bezeichnen sich selbst häufig als Guerillakämpfer. Beide Begriffe bezeichnen irreguläre Kampfmethoden, die im Übrigen nicht selten kombiniert zum Zug kommen. Terroristische Anschläge können den Auftakt zu einem Guerillafeldzug bilden oder dessen Ausklang. **Der Guerillero will den Raum, der Terrorist dagegen das Denken besetzen.** Fließende Übergänge dieser Art dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich im Grunde um verschiedene aufständische Vorgehensweisen handelt. Guerillakampf ist eine militärische Strategie, hier geht es um die Belästigung, allmähliche Einkreisung und letztlich die Vernichtung des Feindes. Dagegen stellt der Terrorismus eine Kommunikationsstrategie dar. Gewalt wird insoweit nicht wegen ihres Zerstörungseffektes, sondern als Signal verwendet, um eine psychologische Breitenwirkung zu erzielen. Der Terrorismus stellt eine Form des *low intensity war (LIC)*, des Krieges niedriger Intensität, dar.[Anm.: Vgl. Thomas Rabehl/Wolfgang Schreiber (Hrsg.): Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte. Opladen 2001.] So steht in den Dienstvorschriften der US-Army, FC 100-20, (Mai 1986) zur Kriegsführung mit niedriger Intensität: "LIC ist ein begrenzter politisch-militärischer Kampf zur Erreichung politischer, militärischer, sozialer, wirtschaftlicher oder psychologischer Ziele. Er ist oft von längerer Dauer und reicht vom diplomatischen, wirtschaftlichen und psychologischen Druck bis zu Terrorismus und Aufständen".

Diese "neuen Kriege" (siehe Schaubild nächste Seite) müssen nach *Mary Kaldor* [Anm.: Direktorin an der Londoner School of Economics. Vgl.: Mary Kaldor: Neue und alte Kriege. Frankfurt/Main 2000.] von früheren "klassischen Kriegen" hinsichtlich ihrer Ziele, der Art der Kriegsführung und ihrer Finanzierung unterschieden werden. Ihre brutale Kriegsführung richtet sich direkt gegen die Zivilbevölkerung, nicht gegen das Militär des Gegners. Diese Art der terroristischen Kriegsführung gibt es nicht erst seit dem 11. September 2001. Sie wird seit Jahren - mit der gleichen Brutalität und Menschenverachtung - gegen die Zivilbevölkerung in Afrika, in Asien, auf dem Balkan und im Nahen Osten praktiziert und fordert in ähnlicher oder größerer Zahl Opfer, wenn auch über längere Zeiträume verteilt.

Kriege dieser Machart sind auch dadurch gekennzeichnet, dass die Grenzen zwischen Krieg und organisiertem Verbrechen, zwischen privat und öffentlich, staatlich und nicht-staatlich, zwischen politischen, ökonomischen und religiösen Motiven verschwimmen. Sie haben keine geopolitischen Ziele, sollen nicht der Festigung, Ausweitung oder der Übernahme nationalstaatlicher Macht dienen. Im Gegenteil, eine ihrer Wurzeln liegt im Zerfall nationalstaatlicher Macht oder im Verlust nationalstaatlicher Identitäten und im Hass auf eine fremde Macht, die vermeintlich die eigene kulturelle, religiöse und politische Identität bedroht und das wirtschaftliche Überleben gefährdet. Deshalb haben diese Kriege eine "Politik der Identität" zum Ziel. Damit bezeichnet *Mary Kaldor* "den Machtanspruch, der auf der Grundlage einer besonderen, partikularen Identität erhoben wird, sei es die einer Nation, eines Clans, einer religiösen oder einer sprachlichen Gemeinschaft".

Daher müssen diese Kriege auch im Kontext der wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung gesehen werden, in der traditionelle identitätsbildende Werte und die Institutionen, die sie wahren, unter Druck geraten. Die wirtschaftliche, politische, militärische und kulturelle Dominanz des Westens und insbesondere der USA wird in vielen Ländern als "Arroganz" empfunden und gerade im Nahen Osten als Beleidigung der eigenen Kultur und Religion und als "Kreuzzug des Westens" gegen die Interessen der islamischen Staaten gesehen. Diese Hintergründe aufzuzeigen, mögliche Motive der Terroristen in diesem Kontext zu analysieren und dabei auch die Rolle der



westlichen Welt im Globalisierungsprozess wie auch ihren eigenen Beitrag zum Terrorismus kritisch zu beleuchten heißt nicht, den Terrorismus zu verharmlosen. Weder Religion noch Staatsräson noch irgendwelche anderen Gründe rechtfertigen Terror oder seine Unterstützung. Aber das Verstehen der Hintergründe könnte beitragen, die Gefahren klarer zu erkennen, die möglichen Folgen von Gegenmaßnahmen besser abschätzen und Ursachen gezielter beseitigen bzw. bekämpfen zu können. [Anm.: vgl. Peter Barth, Globalisierung - Chancen und Risiken. München 1999]

#### 4. Unterschiedliche Formen des Terrorismus

Terrorismus entsteht aus unterschiedlichen Motiven. Anhand dieser Unterschiede lassen sich seine verschiedenen Formen definieren. Eine Zuordnung ist jedoch nie eindeutig möglich. Die Ziele überschneiden sich häufig oder gehen ineinander über. Außerdem treten vergleichsweise exotische Terrorgruppen auf, die sich jeglicher Kategorisierung entziehen, zum Beispiel radikale Feministinnen oder radikale Tier- und Umweltschützer.

##### 4.1 Ethno-nationalistischer / separatistischer Terrorismus

Nationalistisch-separatistischer Terrorismus entsteht dort, wo sich beispielsweise Volksgruppen von einer Besatzungsmacht oder ethnische Minderheiten von der Mehrheit bedroht sehen. Ursachen hierfür sind direkte Diskriminierungen, z.B. bei der Vergabe von öffentlichen Ämtern und im Wirtschaftsleben, oder Druck, sich der Mehrheit anpassen zu müssen. Der Staat verbietet, mit dem Ziel eine möglichst homogene Nation zu schaffen, kulturelle Besonderheiten der Minderheit wie die eigene Sprache oder besondere Bräuche. Separatistische Organisationen berufen sich in der Regel auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die *ETA* (Euzkadi ta Azkatasuna, Baskenland und Freiheit) in Spanien und die *IRA* (Irish Republican Army) in Nordirland sind die bekanntesten Beispiele in Europa. Die *ETA* wurde 1959 gegründet, nachdem die baskische Minderheit unter dem spanischen Diktator General *Francisco Franco* massiv verfolgt worden war. Ihr Ziel ist die Gründung eines baskischen Staates, der neben dem spanischen Teil auch den französischen Teil des Baskenlandes umfassen soll. Nach dem Übergang zur Demokratie in Spanien ab 1975 erhielten die Basken Autonomierechte. Der Terror der *ETA* ließ jedoch nicht nach. Zu stark war der Hass auf den spanischen Zentralstaat. Es ist unwahrscheinlich, dass die *ETA* ihr Ziel, ein unabhängiges Baskenland, erreichen kann. Der Rückhalt der *ETA* bei der baskischen Bevölkerung sinkt wegen der Brutalität ihrer Anschläge immer mehr, zumal diese angesichts der weitreichenden Autonomierechte der Basken vollkommen ungerechtfertigt scheinen. Außerdem fehlt der baskischen Unabhängigkeitsbewegung eine historische Legitimation: Das Baskenland war fast immer Teil Spaniens. Trotzdem bleibt die *ETA* eine Gefahr für die Stabilität Spaniens: Die in letzter Zeit auftretenden Anschläge in Tourismuszentren bedrohen eine wichtige Einnahmequelle der Wirtschaft. Bis heute hat der Terror der *ETA* an die 1.000 Tote gefordert.

Die heutige *IRA* wurde 1969 gegründet und hat bisher mehr als 3.000 Menschen getötet. Sie vertritt die Forderung des katholischen Teils Nordirlands nach einer Loslösung von Großbritannien und einer Vereinigung mit der Irischen Republik. Eine der Hauptursachen für die Entstehung der *IRA* war die ökonomische Diskriminierung der katholischen Bevölkerung. Bei ihr herrscht eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit als unter Protestanten, in höheren Stellen ist sie unterrepräsentiert. Seit 1993 rief die *IRA* angesichts der Wirkungslosigkeit ihrer Aktionen wiederholt einen Waffenstillstand aus und suchte zusammen mit ihrem politischen Arm *Sinn Fein* eine Verhandlungslösung des Konfliktes. Eine Abspaltung der *IRA*, die *Real IRA*, setzte den Terror jedoch unvermindert fort. Trotz der immer wieder auftretenden Rückschläge scheint heute eine Lösung des Nordirlandkonflikts möglich.

Die bedeutendste nationalistisch/separatistische Terrorgruppe außerhalb Europas stellte lange Zeit die *PLO* (Palestine Liberation Organization) dar. Sie wurde 1964 als politischer und militärischer Dachverband der für einen unabhängigen palästinensischen Staat kämpfenden Gruppierungen gegründet. Den Kern bildet seit 1967 die Guerilla- und Terrorgruppe *Al-Fatah*. Seit 1969 wird die *PLO* von *Yassir Arafat* geführt. In den 70er Jahren spalteten sich radikale Untergruppen ab: Die *Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)*, die ein sozialistisches Palästina als Ziel hat, und die *Abu Nidal Gruppe (FRC)*. Die *PLO* übernahm unter Arafat die Aufgaben einer Exilregierung in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens. Im Jahre 1993 wurde die *PLO* (nachdem sie 1988 anlässlich der Proklamation des Palästinensischen Staates Israel anerkannte) als Verhandlungspartner von Israel akzeptiert und konnte so eine eingeschränkte Autonomie für die Palästinensergebiete erreichen. Seit 1996 regiert die *PLO* in den Autonomiegebieten. Wie weit sie noch in terroristische Aktionen verstrickt ist, bleibt umstritten. Auf das Konto der *PLO* und ihrer Unterorganisationen geht zum Beispiel der Anschlag auf die Olympischen Spiele im September 1972 in München. Eine besondere Bedeutung hat die *PLO* auch deshalb, weil sie zahlreiche andere Terroristen durch Ausbildung, Logistik und Waffen unterstützt. So arbeitete sie mit der *RAF* in Deutschland zusammen.

## 4.2 Sozialrevolutionärer Terrorismus

Der sozialrevolutionäre Terrorismus zielt auf die Errichtung einer klassenlosen sozialistischen/kommunistischen Gesellschaft. Er bekämpft den demokratischen Verfassungsstaat als Garant eines kapitalistischen Systems und wegen seines angeblich repressiven Charakters. In Europa bildeten sich linke Terrorgruppen aus den Resten der Studentenbewegung. In Deutschland waren die *Roten Zellen / Bewegung 2. Juni* und die *Rote Armee Fraktion (RAF)* aktiv. Die Kleingruppen verstanden sich als Teilnehmer eines sozialrevolutionären Guerillakampfes, der, wie in China, Cuba oder Vietnam, die Massen in Tiefe und Breite mobilisieren sollte. Mit der selbst gewählten Bezeichnung "Rote Armee Fraktion" machte die *RAF* ihren Anspruch deutlich, eine militärische Teilformation einer internationalen Weltbürgerkriegsarmee zu sein. In ihrer aktiven Zeit pflegte die *RAF* Kontakte zu Terrorgruppen in anderen Ländern mit ähnlichen Zielen, wie der *Action Directe* in Frankreich, der *Brigate Rosse* (Rote Brigaden) in Italien oder der *Cellules Communistes Combattantes* in Belgien.

Die *RAF* bildete sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre unter der Führung von *Andreas Baader*, *Gudrun Ensslin* und *Ulrike Meinhof*. Zunächst verübten sie eine Reihe von Banküberfällen und Brandanschlägen. Bei einer Serie von Anschlägen im Mai 1972 kam es zu zahlreichen Toten und Verletzten. Wenige Wochen später wurde die Führung der *RAF* verhaftet. Eine zweite Generation setzte die Anschläge mit dem Ziel, ihre Gesinnungsgenossen frei zu pressen, fort. Einen Höhepunkt erreichte der Terror der *RAF* im Herbst 1977 mit der Entführung und späteren Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten *Hans Martin Schleyer* und der gleichzeitig stattfindenden Entführung einer Lufthansa Maschine nach Mogadischu durch ein palästinensisches Unterstützungskommando. Als diese Aktion scheiterte, nahmen sich die verhafteten Gründungsmitglieder der *RAF* in ihren Zellen das Leben. In den folgenden Jahren nahm die Bedeutung der *RAF* ab. Einige Aktivisten nahmen Kontakt zur Stasi in der DDR auf und erhielten dort durch das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) eine gewisse logistische Unterstützung. Bis in die frühen 90er Jahre gingen einzelne Mordanschläge auf das Konto der *RAF*. 1992 erklärte die *RAF* einen Waffenstillstand und sechs Jahre später lösten sich die Überbleibsel der Terrorgruppe offiziell auf.

Die Bilanz: 67 Tote und 230 zum Teil schwer verletzte Menschen auf beiden Seiten. 500 Millionen Mark Sachschaden: Viele Milliarden Mark Kosten zur Bekämpfung der *RAF*. 31 Banküberfälle, Beute: Sieben Millionen Mark. 104 von der Polizei entdeckte konspirative Wohnungen. 180 gestohlene PKW, dazu über eine Million Asservate - Geld, Waffen, Sprengstoff, Ausweise. Elf Millionen Blatt Ermittlungsakten. 517 Personen verurteilt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, 914 verurteilt wegen deren Unterstützung. 1975 beschrieb *Manfred Schreiber* (Polizeipräsident von München) in einem Aufsatz "Verändert der Terrorismus unsere freiheitliche Grundordnung?" die Folgen: **Die bedrückende Präsenz der Sicherheitsorgane, weitreichende Eingriffe in das Rechtssystem, Verschlechterung des Ansehens der Bundesrepublik in der Welt, Veränderungen des innenpolitischen Klimas.**

## 4.3 Nationalrevolutionärer Terrorismus

Anders als ihre linken Antagonisten konnten rechte terroristische Vereinigungen mit dem Ziel, einen faschistischen oder völkisch / nationalsozialistischen Staat zu errichten, in Deutschland nie eine große Bedeutung in der öffentlichen Diskussion erreichen. Es gab sie seit den Siebzigern auch in Deutschland. Schwere Straftaten wurden von der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)* und der *Wehrsportgruppe Hoffmann* verübt. Ein Mitglied der Wehrsportgruppe, *Gundolf Köhler*, verübte 1980 einen Anschlag auf das Münchner Oktoberfest, dabei wurden 13 Personen getötet und 219 verletzt. In den 80er Jahren wurden vereinzelt Anschläge auf Angehörige der amerikanischen Armee verübt.

## 4.4 Vigilantistischer Terrorismus

Vigilantistischer Terrorismus bezeichnet Terrorismus im Sinne des Staates oder der etablierten Ordnung. Diese Gruppen glauben entweder mit der Duldung des Staates oder der der Bevölkerungsmehrheit zu kämpfen. Sie wollen entweder gesellschaftliche Änderungen verhindern oder gegen eine angebliche Bedrohung durch Kriminelle vorgehen. Vigilantistische Terroristen halten den Staat und seine bestehenden Gesetze für zu schwach, um die herrschende Ordnung zu schützen. Sie entstehen entweder aus dem Umfeld des Staates und seiner Sicherheits-

organe oder aus der dominanten Gesellschaftsgruppe. Ein Beispiel ist die *Ku Klux Klan* - Bewegung. Ihr Ziel war es, die Diskriminierung der Schwarzen in Amerika beizubehalten, um so die weiße Vormachtstellung zu bewahren. Protestantische Terrorgruppen in Nordirland wie die *Ulster Defence Association (UDA)* setzten sich für die Beibehaltung des Status quo, das heißt für einen Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich, ein. Die *UDA* bekämpft direkt katholische Gruppen, die dies gefährden. In Spanien traten zwischen 1983 und 1987 die *Grupos Antiterroristas de Liberación (GAL)* auf. Sie verübten Mordanschläge auf Sympathisanten und aktive Mitglieder der *ETA*, die sich in Frankreich versteckt hielten. Wie sich später herausstellte, handelten diese Gruppen, die überwiegend aus Polizisten und Geheimdienstmitarbeitern bestanden, im Auftrag oder zumindest mit der Billigung des Spanischen Innenministeriums.

#### 4.5 Religiöser / fundamentalistischer Terrorismus

In letzter Zeit wird in der Öffentlichkeit der religiös-fundamentalistische Terrorismus als stärkste Bedrohung für die Sicherheit wahrgenommen. Er ist jedoch nicht nur auf den Islam begrenzt, sondern tritt in allen Weltreligionen auf. Religiös-fundamentalistischer Terrorismus ist gekennzeichnet durch die Begründung politischer Forderungen durch religiöse Gebote. Die Trennung von Staat und Religion wird aufgehoben. Islamistische Fundamentalisten und ihre terroristischen Ausläufer sehen ihr Handeln durch ihren Glauben legitimiert. Fundamentalismus ist immer eine Gegenreaktion auf Modernisierungsprozesse und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen. Dabei versucht der islamische Fundamentalismus = Islamismus in erster Linie, die aus seiner Sicht zerrüttete innere Ordnung der muslimischen Gesellschaft wieder herzustellen und in den jeweiligen Ländern an die Macht zu kommen und erst in zweiter Linie, die Idee des Islamismus zu verbreiten.

In der arabischen Welt haben religiös-fundamentalistische Bewegungen ein höheres Potenzial als in anderen Regionen. Die Religion ist wegen eines fehlenden Säkularisierungsprozesses, den Europa im 19. Jahrhundert durchmachte, stärker im öffentlichen Leben vertreten. Der Rückstand in der wirtschaftlichen Entwicklung lässt besonders die Unterschicht in den arabischen Gesellschaften glauben, auf der Verliererseite des Fortschritts zu stehen. Eine Reaktion auf dieses Gefühl ist die Rückbesinnung auf eigene Werte und eine Flucht in fundamentalistische Vorstellungen. Als Verkörperung der Moderne wird die westliche Welt und besonders Amerika angesehen. Durch die Unterstützung der USA für Israel wird dieses Feindbild noch verstärkt. Die vergleichsweise große Zahl der islamischen Terroristen lässt sich nicht aus der islamischen Religion heraus begründen. Sie hat hauptsächlich politische, soziale und ökonomische Ursachen und ist auch mit der Situation innerhalb der Staaten erklärbar, mit der Unfähigkeit und Korruption ihrer despotischen Führer, die sich, hinter dem Begriff des "Panarabismus" verborgen, auf das Erbitterteste bekämpfen.

Die *Hamas* (Islamische Widerstandsbewegung) entstand 1987 als Ableger der *Al-Ikhwan al-Muslimun (Muslimbruderschaft)*, die sich - 1928 in Ägypten gegründet - in vielen arabischen Ländern für ein Leben nach den Regeln der *Sharia*, der islamischen Rechtsordnung, einsetzt. Unter der Führung von Scheich *Ahmed Yassin* radikalisierte sich die *Hamas* schnell. Ihr Ziel ist die Befreiung ganz Palästinas von den Zionisten, also die Auslöschung des Staates Israel, und die Errichtung eines islamischen Staates. Nach ihrer Gründung beteiligte sich die *Hamas* zunächst an der Organisation der ersten *Intifada*. Seit der Annäherung zwischen der *PLO* und Israel versucht sie, unter anderem durch Attentate auf israelisches Militär und unbeteiligte Zivilisten, den Friedensprozess zu zerstören. Neben ihrem militärischen Flügel nimmt die *Hamas* auch soziale und religiöse Aufgaben wahr,, sie unterhält zum Beispiel Schulen und Krankenhäuser, und verfügt über mehrere Tausend Mitglieder.

Ebenfalls aus der Muslimbruderschaft ging die Terrororganisation *Djihad Islami* [Anm.: *Islamischer Heiliger Krieg* - Der Begriff *Djihad* wird in der islamischen Welt unterschiedlich benutzt. So ist der "*Große Djihad*" die innere Läuterung, der ständige Kampf mit sich selbst, sich dem alleinigen Willen Gottes zu unterwerfen. Der "*Kleine Djihad*" dagegen, der Kampf mit Waffen, darf nach dem Koran nur gegen diejenigen geführt werden, die die islamische Gemeinschaft, die *Umma*, von außen angreifen. Beide Formen schließen die Tötung unschuldiger Zivilisten aus. So steht im Koran geschrieben, dass die Menschen friedlich miteinander umgehen sollen. Die Islamisten interpretieren nun den *Djihad* als Kampfmöglichkeit gegen die westliche Welt. Der erste "Heilige Krieg" war ein christlicher, Papst Urban II. rief ihn am 27. 11. 1095 in Clermont als Beginn der Kreuzzüge aus. Erst 1187 finden sich Quellen, die den "Heiligen Krieg" in Verbindung mit dem Islam bringen, als nämlich der islamische Feldherr Saladin während der Befreiungskämpfe um Jerusalem einen "Heiligen Krieg" ausrief.] hervor, die 1975 in Ägypten von palästinensischen Studenten gegründet wurde. Seit 1982 ist sie in den Palästinensergebieten aktiv. Nach Ansicht des *Djihad* muss Israel als Hauptfeind der Moslems in einem Heiligen Krieg zerstört werden. Auf das Konto dieser Gotteskrieger, die eine Aussöhnung mit Israel rigoros ablehnen, gehen zahlreiche Anschläge in den besetzten Gebieten und im israelischem Kernland. Seit dem Osloer Friedensabkommen 1993 hat der Terror des *Djihad* über 200 Opfer gefordert. Besonders gefürchtet ist der *Djihad* wegen der von ihm eingesetzten Selbstmordattentäter.

Die *shiitische Hisbollah* (Partei Gottes) trat 1982 als Reaktion auf den Einmarsch Israels in den Libanon in Erscheinung. Seit ihrer Gründung wird sie massiv vom Iran unterstützt. Die *Hisbollah* fordert die Errichtung einer islamischen Republik nach iranischem Vorbild und bestreitet das Existenzrecht Israels. Amerika wird als Hauptfeind des Islam gesehen. Zunächst kämpfte die *Hisbollah* gegen die israelische Besatzungsmacht. Nach der endgültigen Räumung des Libanon durch Israel im Jahre 2000 begann sie in den Palästinensergebieten aktiv zu werden. Außerdem wird die *Hisbollah* für einige Anschläge auf Einrichtungen der USA, wie der Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut 1983, verantwortlich gemacht.

#### 4.6 Sektiererischer Terrorismus

In den letzten Jahren haben immer wieder sektiererische Gruppen zum Mittel des Terrorismus gegriffen. Ähnlich wie religiös-fundamentalistische Gruppen sehen sie ihr Handeln durch eine höhere Macht legitimiert. Grundlage bilden hier jedoch nicht die großen Religionen, sondern Offenbarung und Verschwörungstheorien, apokalyptische und diffuse religiöse Vorstellungen. In Japan verübte die *Aum* Sekte ("höchste Wahrheit") am 20. März 1995 Giftgasanschläge mit dem Nervengas Sarin auf die U-Bahn Tokyos, bei denen 12 Personen starben und über 4.000 verletzt wurden. [Anm.: Wenig bekannt ist, dass Mitglieder der "höchsten Wahrheit" schon lange vor diesem Angriff

mit einem anderen Stoff experimentierten: Mit Anthrax. Doch die Versuche, mit dem Milzbranderreger und auch mit Botulinum-Toxin Schaden anzurichten, schlugen fehl. Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit blieben die Laboratorien der Sekte jahrelang unbehelligt, trotzdem gelang es ihren gut ausgebildeten, mit einem riesigen Budget ausgestatteten Wissenschaftlern nicht, eine wirksame biologische Waffe herzustellen.] Die in den 80er Jahren von dem Wunderheiler *Shoko Asahara* gegründete totalitäre Sekte sah in den Anschlägen die einzige Möglichkeit, einen drohenden Untergang Japans zu verhindern und ein Reich des Friedens zu schaffen. Zu ihren stärksten Zeiten zählte sie etwa 10.000 Anhänger, dazu kamen etwa 30.000 in Russland.

Innerhalb der religiösen Rechten in den USA, der *Christian Patriots*, gibt es ebenfalls sektiererische Elemente. Sie sehen das ursprüngliche Amerika von einer Verschwörung aus UNO, Judentum und Schwarzen bedroht, die versuchen, mit Hilfe der Washingtoner Zentralregierung alle Amerikaner zu entwaffnen und zu versklaven. Um dies zu verhindern bildeten sich in vielen Bundesstaaten Bürgerwehren und Milizen. So soll die *Militia of Montana (MOM)* über 12.000 Mitglieder verfügen. Aus diesem Umfeld stammte *Timothy McVeigh*, der 1995 einen Bombenanschlag auf eine Bundesbehörde in Oklahoma verübte und inzwischen hingerichtet wurde..

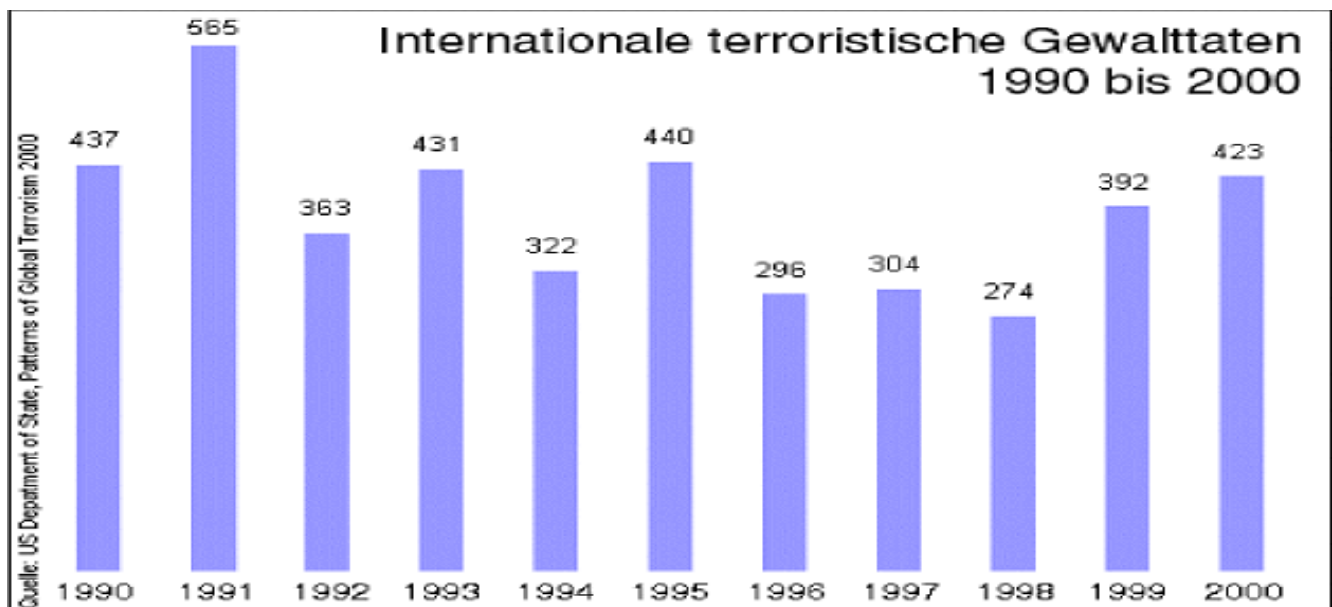
## 5. Internationaler Terrorismus

Seit dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 (mit darauf folgender Besetzung der jordanischen Westbank, des ägyptischen Gaza-Streifens und der syrischen Golan-Höhen) ist im Terrorismus die Tendenz zur Internationalisierung festzustellen. Mit dem weit verbreiteten Begriff "internationaler Terrorismus" können vier unterschiedliche Sachverhalte gemeint sein:

- Der internationale Zusammenschluss von verschiedenen auf nationaler Ebene operierenden terroristischen Verbänden;
- das Operieren außerhalb des ursprünglichen Konfliktgebietes, um so eine noch weitergehende internationale Aufmerksamkeit auf die Ziele der Terroristen zu lenken;
- der Angriff auf sich im Ausland befindende Einrichtungen von Staaten (wie Botschaften oder Militärstützpunkte). Diese Taktik verwenden terroristische Gruppen, die zu schwach sind, innerhalb des gegnerischen Territoriums Fuß zu fassen;
- der so genannte Staatsterrorismus. Regierungen unterstützen terroristische Organisationen, die als Stellvertreter Krieg gegen einen sonst übermächtigen Gegner führen und ihn so zumindest destabilisieren können.

Der Versuch, einen quantitativen Überblick über die terroristischen Aktivitäten zu gewinnen, hat sich inzwischen zu einem eigenen Forschungszweig entwickelt. Trotz der uneinheitlichen Erhebungsziele und Erhebungsgrundlagen kann man generell feststellen, dass die terroristische Szene zwischen 1970 und 1990 maßgeblich von rund 80 auf nationaler oder internationaler Ebene operierenden Organisationen bestimmt wurde.

Die Opferzahlen reichen bei weitem nicht an die Zahl von Toten und Verletzten heran, die beispielsweise dem Straßenverkehr, dem Drogenmissbrauch oder Bürgerkriegen anzulasten sind. So sind bis zum 11. September 2001 weltweit rund 1.000 US-Bürger durch Terror getötet worden. Als der amerikanische Kongress Mitte der 90er Jahre nach dem Bombenattentat in Oklahoma City über neue Befugnisse des Staates bei der Bekämpfung des Terrorismus debattierte, hielten Bürgerrechtler dagegen, dass mehr Amerikaner in der Badewanne ertränken oder beim Sturz von der Leiter stürben, als bei Terrorangriffen ums Leben kämen. Oder ein anderes Beispiel: Der Nordirland-Konflikt, eine der blutigsten terroristischen Auseinandersetzungen in Europa, hat seit seinem Beginn 1969 bis zum Jahr 2000 rund 3.200 Menschenleben gefordert. Aber allein im Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegovina sind innerhalb von rund drei Jahren rund 200.000 Menschen eines gewaltsamen Todes gestorben.



Von allen Formen des Terrorismus ist der internationale Terrorismus am besten erforscht. Auch wenn hier die Berechnungen teilweise auseinandergehen, lässt sich doch pauschal feststellen, dass zwischen 1990 und 2000 die Zahl der jährlichen Anschläge, die unter diese Kategorie fallen, zwischen 274 und 565 variierte.

1994 forderte der internationale Terrorismus weltweit 423 Tote, 1995 insgesamt 440 Tote. 1998 wurden 274 terroristische Anschläge verübt, 40 Prozent, also 111 Anschläge richteten sich gegen amerikanische Ziele. Mehr als 700 Menschen wurden getötet, fast 6.000 verletzt. 1999 gab es weltweit 392 Anschläge mit 233 Toten, im Jahr 2000 stieg die Anschlagzahl auf 423, dabei kamen 405 Menschen ums Leben. Für den europäischen Raum liegen für die Jahre 1968 - 1988 relativ verlässliche Zahlen vor. Demnach sind hier bei insgesamt 120 981 Anschlägen 10 273 Menschen umgekommen.

### 5.1 Terror- / Schurken- / Sorgen-Staaten

Bei dieser schwierigen Thematik ist es nicht verwunderlich, dass die diversen Institutionen, die sich um die quantitative Erfassung terroristischer Aktivitäten bemühen, zu teils recht unterschiedlichen Ergebnissen gelangen. Federführend für die öffentliche Meinung des Westens ist das US-amerikanische Außenministerium, das *U.S. Department of State*, das jährlich einen Trendbereich zum globalen Terrorismus veröffentlicht, in dem u.a. die bedeutendsten terroristischen Organisationen und auch so genannte "**Terrorstaaten**" oder auch "**Schurkenstaaten**" aufgelistet sind.

Der Verweis auf die "*rogues*" (Schurken) ist griffig genug, um in Schlagzeilen und Politikerreden für Aufsehen zu sorgen, aber gleichzeitig unbestimmt genug, um die dahinter verborgene Konzeptionslosigkeit zu verdecken. Der Begriff und die dahinter stehende Idee, die Eingreifkapazitäten der USA mit dem neuen Feindbild zu legitimieren, entwickelten eine solche Eigendynamik innerhalb der militärpolitischen Elite Washingtons, dass von einer neuen "Doktrin" gesprochen werden kann. Zwar wurde die Schurkendoktrin nie offiziell verkündet, wie dieses zu Beginn der Blockkonfrontation 1950 mit der "Eindämmungsdoktrin" geschah. Doch der Begriff "Schurkenstaat" fand sich schnell auch in offiziellen Dokumenten der US-Regierung und des US-Kongresses wieder. Dabei zeugte das häufige Auftauchen des Schlagwortes nicht etwa von einer demokratischen Kontroverse um das neue Konstrukt, sondern von einem gespenstischen Konsens innerhalb der militärpolitischen und außenpolitischen Elite der USA: Sofern es eine Debatte gab, ging es nur noch darum, was gegen die vermeintlichen Bösewichte zu tun war. Die Existenz einer solchen Bedrohung wurde als gegeben angenommen.

Dabei waren sich die Verfechter nicht einmal einig, wer denn eigentlich zu der Gruppe der "rogues" gehörte. Je nach persönlicher Präferenz und politischer Großwetterlage gehörten Irak, Iran, Nordkorea, Libyen, Syrien, Birma, Serbien und Kuba dazu. Zwar wurde häufig die innenpolitische Lage in den erwähnten Staaten als Kriterium angeführt, doch allein eine katastrophale Menschenrechtssituation konnte dabei offensichtlich nicht ausschlaggebend sein - denn diese war in weiten Teilen der Welt leider nicht besser als in den beispielhaft genannten Staaten.

Der damalige Sicherheitsberater Präsident Clintons, *Anthony Lake*, verhalf dem neuen offiziellen Bedrohungsszenario dann zu einem besonderen Status, als er es in eine Reihe mit der "*Doktrin der Eindämmung*" stellte, der ideologischen Grundlage für die 40 Jahre dauernde Blockkonfrontation. Die neue Konfrontation ergebe sich, so Lake, aus einigen "*widerspenstigen und gesetzbrechenden Staaten*", welche die Zonen des Friedens gefährden. Diese Staaten "*bedrohten die demokratische Ordnung, die um sie herum erstellt wurde*", stellte er fest. Lake bezog sich auf demokratische Werte und die Achtung von Menschenrechten, um der neuen Doktrin mit dem Bezug auf liberale Grundsätze Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Dennoch musste er indirekt eingestehen, dass die Missachtung der Menschenrechte durch einen Staat natürlich nicht das entscheidende Kriterium für die Klassifizierung als "Schurkenstaat" ist, sondern vielmehr die vermeintlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Interessen der USA. Iran und Irak, so Lake, würden deshalb in die Kategorie fallen, "weil sie nebeneinander am Ufer des Persischen Golfs liegen, wo 65 Prozent der Erdölreserven lagern". Ein Schurkenstaat wurde ein Land also offensichtlich dadurch, dass es den USA bei der militärischen Kontrolle von wichtigen Rohstoffen im Wege stand.

Eine Welt, in der es nur die Menschenrechte achtende, demokratische Staaten gibt, wäre zweifellos eine bessere Welt, wahrscheinlich auch eine friedlichere. Aber die Frage bleibt, was zu tun ist, bis dieser Idealzustand erreicht ist. Bedenklich ist die Behauptung, die demokratische Welt sei grundsätzlich friedlich und die undemokratische Welt sei grundsätzlich unfriedlich. Denn dies würde bedeuten, dass friedliche Konfliktlösungen mit nichtdemokratischen Staaten unmöglich sind. Wären *Willy Brandt* und *Egon Bahr* in den 60er Jahren Anhänger dieser These gewesen, es hätte wohl nie eine Ostpolitik gegeben.

Die grobe Aufteilung in demokratische und friedliche Staaten einerseits und undemokratische und unfriedliche Staaten andererseits birgt in sich die gefährliche Illusion einer klaren Grenze zwischen berechenbaren und unberechenbaren Staaten. Und schließlich folgt daraus auch, dass Abrüstung in demokratischen Staaten überflüssig, wenn nicht gar kontraproduktiv ist. Stimmt die These, wären Demokratien - zumindest untereinander - friedlich, egal wie hochgerüstet sie sind. Aufrüstung wäre sogar friedensfördernd: Je besser gerüstet eine liberale Demokratie für einen Krieg mit dem undemokratischen Lager, desto größer ihr Beitrag für den Weltfrieden. Denn die militärische Überlegenheit könnte nötig sein, um den nicht-liberalen Gegner ins liberale, friedliche Lage zu holen. In dieser Logik wären auch nur die Atomwaffen der undemokratischen und folglich kriegerischen Staaten gefährlich. Die Arsenale der liberal-demokratischen Staaten wären hingegen ungefährlich und friedensfördernd. Unweigerlich kommt einem die Propaganda der sozialistischen Staaten ins Gedächtnis, die in gleicher Weise alle Rüstung der osteuropäischen Militärs als dem Frieden förderlich erklärten. Auch dort gab es in der offiziellen Rhetorik "imperialistische" und "sozialistische" Arsenale, böse und gute Atomwaffen.

Die Schurkendoktrin hat gleich zwei Probleme gelöst. Zum einen liefert sie ein neues Feindbild, das die globale militärische Präsenz der USA legitimiert. Zum anderen dient sie dazu, die Atomwaffenprogramme potenzieller Kriegsgegner als Bedrohung für den Weltfrieden darzustellen, während sie die eigenen Atomwaffen als friedensfördernd legitimiert.



Allerdings brachte die Schurkendoktrin auch Nachteile für die US-Außenpolitik mit sich. So sahen sich die USA gezwungen, einige gestern noch als "Schurken" dämonisierte Staaten plötzlich doch als "zivilisiert" zu betrachten, Washington wollte nicht länger abseits stehen, während Südkoreas Regierung enge Kontakte mit dem Norden aufbaute. Dieselbe US-Außenministerin, die noch 1997 den Kampf gegen die Schurkenstaaten zu "einer der größten Herausforderungen unserer Zeit" erklärte, "weil es der einzige Existenzzweck dieser Staaten ist, unser System zu zerstören", besuchte im Oktober 2000 den "Schurkenstaat" Nordkorea..  
 Vorsichtshalber hatte *Madeleine Albright* deshalb nur wenige Monate zuvor ihrem Ministerium ein neue Sprachregelung verordnet. Am 19. Juni 2000 beantwortete sie die Frage, ob denn der Herrscher Nordkoreas, *Kim-Jung-II*, nicht ein Schurke sei: "Wir nennen diese Staaten jetzt, *Besorgnis erregende Staaten*". Das Schurken-Vokabular hatte offenbar zur Selbstisolierung geführt, deshalb gab es jetzt die "states of concern". Wer jedoch zu dieser ominösen Gruppe gehört, bleibt weiterhin unklar und kann täglich neu entschieden werden. "Ich denke, es ist angemessen zu sagen, dass die Kategorie ihre Nützlichkeit verloren hat", meinte ein Sprecher des Außenministeriums. "Es handelt sich nicht wirklich um einen Wandel in unserem Vorgehen oder unserer Politik", betonte er, es gehe darum, "eine bessere Beschreibung zu finden".

## 5.2 Die amerikanische Einschätzung von Terrorstaaten

### Internationale Terrororganisationen nach der Einschätzung des amerikanischen Außenministeriums

Quelle: <http://www.state.gov/s/ct/rls/rpt/fto/2001/index.cfm?docid=5258>, 7. Oktober 2001, 21h

Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika	Hamas	palästinensisch	islamisch-fundamentalistisch
	Abu Nidal Gruppe	palästinensisch	national-seperatistisch
	Islamischer Dschihad	palästinensisch	islamisch-fundamentalistisch
	Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)	palästinensisch	national-seperatistisch/sozialrevolutionär
	Palästinensische Befreiungsfront (PLF)	palästinensisch	national-seperatistisch/sozialrevolutionär
	PFLP - Generalkommando	palästinensisch	national-seperatistisch/sozialrevolutionär
	Kahane Chai / Kach	Israel	jüdisch-fundamentalistisch
	Gamaat al islamiya	Ägypten	islamisch-fundamentalistisch
	Al-Jihad	Ägypten	islamisch-fundamentalistisch
	Hisbollah	Libanon	islamisch-fundamentalistisch
	Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA)	Algerien	islamisch-fundamentalistisch
	Modschahedin-e-Chaigh (Volksmujahedin)	Iran	sozialrevolutionär
	Islamische Bewegung Usbekistans	Usbekistan	islamisch-fundamentalistisch
	Al Qaida	Afghanistan	islamisch-fundamentalistisch
Europa	Euskadi Ta Askatasuna (ETA)	Spanien	national-separatistisch
	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	Türkei	national-separatistisch/sozialrevolutionär
	Revolutionäre Volksbefreiungsfront/-partei (DHKP/C)	Türkei	sozialrevolutionär
	Revolutionärer Volkskampf (ELA)	Griechenland	sozialrevolutionär
	Revolutionäre Organisation 17. Nov.	Griechenland	sozialrevolutionär
	Real Irish Republican Army (RIRA)	Nordirland	national-separatistisch

Asien	Befreiungstiger von Tamil Eelam	Sri Lanka	national-separatistisch
	Abu Sajjaf	Philippinen	islamisch-fundamentalistisch
	Harakat ul-Mujahedin	Kaschmir, Indien	national-separatistisch
	Aum Shinrikyo	Japan	Sektiererisch
Lateinamerika	Leuchtender Pfad	Peru	sozialrevolutionär
	Revolutionsstreitkräfte Kolumbiens (Farc)	Kolumbien	sozialrevolutionär
	Nationale Befreiungsarmee (ELN)	Kolumbien	sozialrevolutionär
	Vereinigte Selbstverteidigungsarmee Kolumbiens (AUC)	Kolumbien	vigilantistisch

Das Außenministerium der USA gibt jedes Jahr eine Liste der Länder heraus, die es verdächtigt, den internationalen Terrorismus zu unterstützen. Bis jetzt umfasste sie immer die selben sieben Länder. Hauptbeschuldigter ist seit Jahren der Iran. Ihm wird vorgeworfen, zahlreiche im Nahen Osten aktive Gruppen mit Waffen, Ausbildung und finanziellen Mitteln zu unterstützen und für seine Zwecke einzusetzen. Zu den geförderten Terrorgruppen zählen die Hamas, der islamische Dji had, die PFLP. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit der Hisbollah, die mit der Hilfe des Irans aufgebaut wurde und deren Kämpfer vom iranischen Militär ausgebildet werden sollen. Diese starke Förderung durch den Iran und andere arabische Staaten ist auch ein Grund dafür, dass dem islamisch-fundamentalistischen Terrorismus heute eine vergleichsweise große Bedeutung zukommt.

Dem Irak wird vorgeworfen, mit der Unterstützung von Terroristen die im Exil lebende Opposition ausschalten zu wollen. Außerdem gewährt er gesuchten Terroristen der Abu Nidal Organization (ANO) und der PFLP Unterschlupf. Weiterhin unterstützt der Irak die Mujahedin-e khalq (MEK), eine oppositionelle iranische terroristische Gruppe, um so die seit Jahrzehnten währende Auseinandersetzung mit dem Iran fortsetzen zu können. Der MEK wird eine Anschlagsserie in zahlreichen iranischen Städten auf Politiker und Regierungsbeamten vorgeworfen.

Auch wenn Staatschef Muammar al-Gaddhafi in letzter Zeit versucht, die internationale Isolierung seines Landes zu lockern, gilt Libyen weiterhin als Förderer des internationalen Terrorismus. Es soll trotz der öffentlichen Distanzierung weiterhin Kontakte zur ANO und der PFLP pflegen. In der Vergangenheit war Libyen einer der aktivsten Förderer des Terrorismus. Im Auftrag seines Geheimdienstes erfolgte unter anderem der Lockerbie Anschlag von 1988, bei dem 270 Personen starben, zum größten Teil Amerikaner. Auch beim Anschlag auf die von amerikanischen Soldaten besuchte Diskothek La Belle in Berlin 1986 soll der libysche Geheimdienst Pate gestanden haben.

**Syrien** gilt wegen seiner Unterstützung für zahlreiche gegen Israel kämpfende Gruppen als Förderer des Terrorismus. Es soll international gesuchte Terroristen von Hamas und Hisbollah versteckt halten und deren zahlreiche Trainingslager auf seinem Territorium dulden. Nach Informationen des Amerikanischen Außenministeriums sollen Dji had, Hamas und PFLP ihre Hauptquartiere in Damaskus unterhalten.

Der **Sudan** verhandelt seit 2000 mit den USA über gemeinsame Maßnahmen gegen den Terrorismus. Trotz erster Schritte des Sudans gegen den Terrorismus wie Verbote von radikalen fundamentalistischen Gruppen wird er weiterhin in der Liste der "Terrorstaaten" geführt, da er zahlreichen gesuchten Terroristen als sicheres Rückzugsgebiet dient.

**Nordkorea** wird vorgeworfen, die gesuchten Terroristen der Japanischen Roten Armee zu verstecken. Außerdem soll es Hinweise darauf geben, dass Nordkorea islamischen Terrorgruppen im Nahen Osten und auf den Philippinen Waffen und technische Unterstützung verkauft hat.

**Kuba** schließlich bietet einigen in den USA gesuchten Terroristen und Mitgliedern der baskischen ETA Schutz. Außerdem soll Kuba mit Terrorgruppen und Guerillaverbänden aus Südamerika zusammenarbeiten.

### 5.3 Die Globalisierung des Terrorismus

Bis in die späten 60er Jahre war Terrorismus meist lokal begrenzt. Die Anschläge fanden dort statt, wo sich der auslösende Konflikt abspielte. Die PLO war die erste Terrorgruppe, die weltweit Anschläge durchführte. Diese Taktik trägt einen entscheidenden Vorteil in sich: Man kann sein Thema einer viel größeren Öffentlichkeit bekannt machen. Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern wurde erst dann zu einem international bedeutenden Thema, als die PLO auch in Europa Anschläge durchführte. Höhepunkt war die Geiselnahme bei den olympischen Spielen in München 1972. Danach war die Welt gezwungen, sich des Problems anzunehmen und auf eine Lösung zu drängen.

Im Zuge der Globalisierung gibt es auch terroristische Gruppen, die sich darauf spezialisiert haben, als terroristische Söldner Anschläge für Staaten durchzuführen. Die palästinensische ANO, eine Abspaltung der PLO, ließ ihre ursprünglichen Ziele in den Hintergrund treten, um sich dem Auftragsterrorismus zu widmen. Mit der

Ausführung von Anschlägen soll die ANO insgesamt ein Vermögen von über 400 Millionen Dollar angehäuft haben. Auch die Japanische Rote Armee, einst das japanische Pendant zu RAF, hat sich zur terroristischen Söldnerarmee gewandelt. Zahlreiche Anschläge in der Nahostregion und auf amerikanische Einrichtungen gehen auf ihr Konto.

In der Vergangenheit waren Zusammenschlüsse von unterschiedlichen Gruppen zu einem internationalen Bündnis meist wenig erfolgreich und nur von kurzer Dauer. Heute dagegen benutzen die Terroristen mit Erfolg alle Instrumente der globalisierten Welt, um diese zu bekämpfen. Der Versuch verschiedener europäischer sozialrevolutionärer Gruppen, in den 70er Jahren ein multinationales Netzwerk aufzubauen, scheiterte nach kurzer Zeit. Unter der Führung des Multimillionärs *Usama bin Ladin* scheint es heute jedoch gelungen zu sein, ein islamisch-fundamentalistisches Netzwerk zu schaffen, das allerdings mit den real existierenden islamistischen Massenbewegungen äußerstenfalls in loser Verbindung steht. Seine *Al Qaida* Organisation (arabisch für "die Basis" oder der "Stützpunkt", 1988 gegründet) verfügt über Kämpfer und Verbündete in vielen Ländern der Welt. Er unterhält Schutz- und Trainingslager, in denen Terroristen auf ihre Aufgabe vorbereitet und im Guerillakampf geschult werden. Außerdem rekrutiert er vor allem aus den Unterschichten der arabischen Länder immer neue Kämpfer, die nach ihrer Schulung im Ausland stationiert werden und dort Anschläge vorbereiten oder auf Kommando jederzeit aktiv werden können (so genannte "Schläfer").

Dabei dürfte es sich um keine Terrororganisation im traditionellen Sinn handeln, sondern um eine Anlaufstelle, in der sich verschiedene Untergruppen Gelder, logistische Unterstützung und militärische Ausbildungsmöglichkeiten beschaffen. Die Zellen seiner Organisation dürften aber nahezu autonom arbeiten und selbstständig über Ort, Zeitpunkt und Art von Anschlägen entscheiden. Der islamische *Djihad*, die FIS in Algerien, zahlreiche Gruppen in Ägypten (zum Beispiel die *Gaama al Islamiya*, die für das Massaker an 85 ausländischen Touristen und vier Ägyptern im November 1997 in Luxor verantwortlich gemacht wird), die indonesischen Abu *Sayaf* Rebellen oder Teile der in Tschetschenien kämpfenden Guerilla gehören unter anderem dazu. Außerdem verfügt *Al Qaida* über autonom agierende Zellen und für Anschläge bereitstehende hoch technisierte Kleingruppen in über 50 Ländern. Auf das Konto der *Al Qaida* sollen neben dem Angriff auf World Trade Center und Pentagon unter anderem die Explosion von Autobomben vor den US-Botschaften in Kenia und Tansania mit insgesamt 230 Opfern, das Attentat auf den US-Zerstörer "Cole" im Oktober 2000 in Aden (Jemen), der erste Anschlag auf das World Trade Center in New York am 26. Februar 1993 sowie der Anschlag vom 18. Juli 1994 in Buenos Aires gegen ein jüdisches Gemeindezentrum, bei dem 85 Personen ums Leben kamen, gehen.

*Usama bin Ladin* unterstützt von seinem Hauptquartier im Süden Afghanistans aus sein Terrornetzwerk mit Geld und Waffen. Das Gesamtvermögen des von *Usama Bin Ladin* geführten Terrornetzwerkes beträgt zwei bis fünf Milliarden Mark, das Jahresbudget wird auf bis zu 50 Millionen Dollar veranschlagt. Doch sollen die Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi und Daressalam weniger als 100.000 Dollar gekostet haben. Die Kosten der jüngsten Anschläge auf Amerika schätzt man auf weniger als eine Million Mark. Die Einkünfte der *Al Qaida* stammen zu 30 bis 40 Prozent aus dem Drogenhandel, und zwar stärker aus Transport- und Kurierdiensten als aus Anbau oder Verkauf. Bis zu 30 Prozent der Einkünfte sind Hilfs- und Unterstützungsgelder von Staaten oder auch von reichen Privatleuten, bis zu 20 Prozent stammen aus Erträgen der "klassischen Kriminalität", wie etwa der Schutzgelderpressung. Zum Vergleich: Das jährliche Budget der algerischen FIS wird auf fünf Millionen Dollar, das der palästinensischen *Hamas* und der libanesischen *Hisbollah* auf je zehn Millionen, der türkischen *Milli Görüs* auf zwanzig und der arabischen *Mudschaheddin* ("Kämpfer des Islam") im Irak, in Iran, Libyen und Ägypten auf jeweils mindestens fünf Millionen Dollar.

Islamistische Terrornetzwerke machen sich zudem immer mehr unabhängig von einer äußeren "Makro-Finanzierung", also der Anweisung von Geldsummen, die, aus diversen Quellen stammend, "gewaschen" werden müssten. Stattdessen wird zunehmend zur "Mikro-Finanzierung" übergegangen, bei der das nötige Geld über ökonomische oder kriminelle Aktionen am jeweiligen Ort gewonnen wird. Als Beispiel kann der Handel mit gestohlenen Autos, Kreditkartenbetrug, Kinderpornographie, Frauenhandel und Zigarettenschmuggel genannt werden. Eine weitere wichtige Einnahmequelle sind Spenden.

Kurz nach dem Beginn der amerikanisch-britischen Bombenangriffe auf Afghanistan ist *Bin Ladin*, der vor dem 11. September nur einigen Politikern, Journalisten und Geheimdienstexperten bekannt war, am 7. Oktober 2001 aus dem Schatten getreten. In einer Fernsehaufzeichnung sprach er von einem Krieg der USA gegen alle Muslime und rief zu einem heiligen Kampf der **"Gläubigen gegen die Ungläubigen"** auf. Er gab sich nicht als Urheber der Terroranschläge vom 11. September 2001 zu erkennen, sondern dankte Gott, der Amerika mit Hilfe einer gesegneten Gruppe von Muslimen an einer verwundbaren Stelle getroffen habe. Nun habe die Supermacht das Fürchten gelernt. Mit erhobenen Zeigefinger skizzierte Bin Ladin ein verzerrtes Ebenbild von Präsident Bushs Aufruf des "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns": **"Diese Ereignisse haben die ganze Welt in zwei Lager geteilt, das der Gläubigen und das der Ungläubigen. Jeder Muslim muss sich nun dafür einsetzen, seiner Religion zum Sieg zu verhelfen"**.

*Bin Ladin* agiert bereits seit 1992 gegen die Amerikaner. Bei einem Treffen am 23. 2. 1998 in Afghanistan verabschiedeten alle mit al-Qaida assoziierten Gruppen ein Manifest unter der Ägide der "Internationalen Front für den Djihad gegen Juden und Kreuzritter". In dem Manifest stand: "Seit mehr als sieben Jahren besetzen die USA Grund und Boden des Islam an den heiligen Orten der Arabischen Halbinsel, plündern seinen Reichtum, befehligen seine Herrscher, demütigen seine Bewohner, terrorisieren seine Nachbarn und machen ihre Militärbasen auf der Halbinsel zu einer Speerspitze, mit der die umliegenden muslimischen Völker bekämpft werden sollen". Es wurde daher eine Fatwa (religiöses Gutachten) erlassen: "Der Entscheid, die Amerikaner und ihre Verbündete - Zivilisten und Militärs - zu töten, ist die Pflicht eines jeden Muslim, in jedem Land, in dem es ihm möglich ist".

*Bin Ladins* erstes Ziel ist die Beendigung der amerikanischen Truppenstationierung am Golf und in Saudi-Arabien. An zweiter Stelle kommt seine Solidarität mit dem irakischen Volk, das dritte Thema ist seine Unterstützung des islamischen Kampfes gegen die Ungläubigen. Das war in Bosnien, im Kosovo und in Tschetschenien so. Die Palästinenser kommen an vierter Stelle. Erst im Verlauf der derzeitigen Aksa-Intifada schrieb er auch die Befreiung Jerusalems und die Unterstützung der Palästinenser auf seine Agenda. So simpel etwa seine neue Passion für Palästina ist - sie zielt auf das arabische Trauma und spricht damit vielen, auch gemäßigten Muslimen aus dem

Herzen. Während der Westen *Bin Ladin* in religiösen Tönen zum absoluten Bösen macht, versucht dieser unter dem Deckmantel des Islam konkrete politische Vorteile zu erringen. Zieht aus Saudi-Arabien ab und sorgt für einen palästinensischen Staat, ist seine Forderung an Präsident Bush. Sie enthüllt die Strategie des Kriegers gegen die westliche Ordnung: Er sucht die Kontrolle über das Öl durch die Machtübernahme in Saudi-Arabien und versucht in den Besitz einer islamischen Atombombe (aus Pakistan) zu kommen.

Das aus verschiedenen, autonomen islamistischen Terrorgruppen bestehende Netzwerk, dessen Symbol *Al Qaida* ist, will konföderative islamische Staaten auf der Basis des islamischen Rechts (Scharia) gründen. Das Ziel ist aber nicht nur ein politisches. Denn vom Kaspischen Meer bis über die arabische Halbinsel wollen die verschiedenen Gruppen vor allem auch die großen Öl- und Gasreserven der Region kontrollieren. Präsident George W. Bush, der in den 70er und 80er Jahren seine Karriere in Ölunternehmen begann, weiß, dass der Kampf gegen die Hintermänner des islamistischen Terrors nicht nur die Vereinigten Staaten in eine schwierige Lage gebracht hat. Denn die Industriestaaten sind abhängiger denn je vom nahöstlichen Öl. Importierten die USA 1973 nur 37 Prozent ihres Öls aus der Golf-Region, so sind es heute schon 56 Prozent. [Anm.: In den USA leben nur 5% der Weltbevölkerung, aber auf seine Bürger entfällt ein Viertel des weltweiten Ölverbrauchs. Vgl. Peter Barth: Der Kaspische Raum zwischen Machtpolitik und Ölinteressen. München 1998.]

Das Hauptaugenmerk werden die Industriestaaten nun wohl wieder dem Kaspischen Meer zuwenden. Denn die Spielregeln haben sich seit dem 11. September verändert. Präsident Bush will nun offensichtlich langfristig zugleich die Ölversorgung der westlichen Welt (vor allem der Vereinigten Staaten) sichern und den Terrorismus eindämmen. Sollte die arabische Halbinsel mit ihren 531 Milliarden Barrel Ölreserven und 41 Milliarden Kubikmeter Gasreserven wegen radikal-islamistischer Unruhen ausfallen, könnte die Kaspische Region mit 85 Milliarden Barrel Öl (konservativ geschätzt, optimistische Schätzungen gehen von bis zum 260 Milliarden Barrel aus) und 11 Billionen Kubikmeter Erdgas einspringen. Bush scheint sich die Kooperation mit dem russischen Präsidenten Putin gegen die radikal-islamistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Konzessionen erkaufen zu wollen. Zusammenfassend gilt es festzuhalten: In dieser Region geht es um Herrschaft und strategische Kontrolle, um regionale Autonomieansprüche und zentrale Macht. Und es geht auch um Hegemonie, Einfluss-Sphären und den Vorrang bei der Ausbeutung der Rohstoffe und beim Bau und dem Betrieb von Transportsystemen.

## 6. Der "neue" Terrorismus

Zweifellos stellt der Terrorangriff auf New York und Washington D.C., in dem voll besetzte Passagiermaschinen als Bomben benutzt wurden, eine neue Art des Verbrechens dar. Es ist nicht nur der fürchterliche Erfolg, sondern auch das Neuartige dieses Angriffes, das Angst macht. Ihm fehlen alle Merkmale, die einen herkömmlichen Terroranschlag auszeichnen - es gibt keine politische Forderung, es ist nicht klar, welches Ziel die Attentäter eigentlich erreichen wollten, es gibt keinen klar benannten Adressaten, keinen identifizierbaren Urheber etwa in Form eines Bekennerschreibens. Der neue Terrorismus ist universal, skrupellos, anonym: Er hält sich nicht an die Regeln des Krieges zwischen Staaten, er gedeiht im Zwielflicht politischen Niemandlandes, auf dem Nährboden des Drogen- und Waffenhandels und wird jetzt durch die wachsende Zahl der durch die US-Bombardierung Getöteten in Afghanistan gestärkt. Diese steigenden Opferzahlen sorgen für die Rechtfertigung der Gewalttaten, ja, sie verschaffen dem Terrorismus sogar die "Legitimität" für die Fortsetzung seiner verbrecherischen Aktionen.

Es sind keine exotischen Methoden und Hochtechnologien notwendig, um verheerende Ergebnisse hervorzubringen. Man muss nur drei relativ altmodische Verkehrsflugzeuge in verletzliche Ziele krachen lassen, um eine Massenpanik auszulösen, den größten Teil der Regierungsarbeit lahm zu legen und die Evakuierung der Machtzentren zu erzwingen. Dazu kommt, dass sich die psychologischen und politischen Auswirkungen eines solchen Ereignisses nicht so sehr an der Zahl der Opfer als vielmehr an der Unvorhersehbarkeit und der Dramatik des Angriffs messen lassen. Der angestrebte Effekt besteht darin, die Verwundbarkeit der Angegriffenen zu demonstrieren - und die anhaltende Verletzlichkeit derer, die das nächste Ziel abgeben könnten. Es geht darum vorzuführen, dass es keine wirkliche Verteidigung gegen einen anonymen Angriff gibt, der sich die alltägliche Funktionsweise einer Zivilgesellschaft zunutze macht.

Das Unheimliche, das es zu begreifen gilt, ist die vollständige Verselbstständigung dieses Terrors gegenüber allen politischen Anlässen, seine Gleichgültigkeit der Welt gegenüber. Wir haben es mit narzisstischen - technisch-perfekt ausgeführten - Wahnsinnstaten zu tun. Der Irrationalismus der von den Terroristen eingesetzten Mittel entrückt ihre Handlungen nicht nur dem Bereich der Politik, sondern auch dem des Krieges. Angesichts des apokalyptischen Charakters ihrer Ziele ist es unsinnig zu glauben, sie wollten auf diese Weise irgendwelche politische Forderungen stellen. Ihr Streben zielt auf die gewaltsame Umwälzung einer unheilbar sündigen und ungerechten Welt. Nicht Politik, sondern "Metaphysik" kommt im Terror zum Ausdruck - das Verlangen, Zeit und Geschichte durch immer weiter eskalierende, in einem Endkampf zwischen dem Guten und dem Bösen gipfelnde Gewalttaten mit einem letzten Sinn zu erfüllen. Wer glaubt, es komme darauf an, den Hass der Terroristen zu verstehen, und das, was sie hassen, zu verändern, versteht die Terroristen wohl nicht richtig. In deren Augen kann sich das Böse nicht verändern: Es kann nur ausgerottet werden.

Der Versuch, sie nachträglich durch die Zuweisung von nachvollziehbaren Ursachen zu erklären, läuft auf eine groteske Verharmlosung hinaus. Es ist absurd, aus der Ungeheuerlichkeit des Anschlags auf die Ungeheuerlichkeit der Verzweiflung der Täter zu schließen. Es trifft eben nicht zu, dass die islamistischen Massenmörder aus den Schichten der Ausgebeuteten und Entrechteten dieser Erde stammen. Die bisher identifizierten kommen aus privilegierten Familien, haben an arabischen oder westlichen Eliteschulen studiert und waren auch nicht besonders fromm oder sozial, bevor sie ihre politisch-religiöse Bekehrung erlebten. Es waren also nicht die fanatischen Enkel von Che Guevara, sondern Repräsentanten einer faschistischen Ideologie mit islamischen Antlitz. Nicht die Motive der Terroristen gilt es daher zu erforschen, sondern **die Motive jener wachsenden Zahl von Muslimen, die sich durch solche Wahnsinnstaten irgendwie vertreten fühlen**. Der Westen wird die Terroristen von ihren Sympathisanten nur isolieren können, wenn er deren legitime, nicht religiöse Forderungen ernst nimmt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bereitschaft, politische Ziele durch Selbstmordattentate zu erreichen. [Anm.: Hierzu gibt es ein historisches Vorbild: die Assassinen. Sie gehörten zur schiitischen Richtung des Islam, genauer zu den Ismailiten. In erster Linie waren sie eine religiöse Gemeinschaft, ihr erstes Oberhaupt Hassan-as-Sabbah

(gest. 1124), der als "der Alte vom Berg" in die regionalen Mythen des Nahen Ostens einging. Ihre Selbstmordattentate fanden stets nach dem selben Muster statt: Ein einzelner Täter warf sich bei einer passenden Gelegenheit auf die Zielperson und stieß so lange mit einem Dolch zu, bis er selbst getötet wurde. Die Vorteile dieser Methode sind offensichtlich: Sie erfordert weder umfassende Logistik noch besondere Vorbereitung, die über die (allerdings umfassende) Indoktrination des Täters hinausgegangen wäre. Die Gruppe beschränkte sich über einen fast 200jährigen Zeitraum darauf, die Entscheidungen von anderen Machthabern zu beeinflussen, indem sie gezielt diejenigen Personen angriff, die sich am deutlichsten für die Bekämpfung der Sekte aussprachen. Beeindruckend sind die Parallelen zu heute: eine Attacke einer kleinen Gruppe von Selbstmordattentätern gegen ein großes Imperium; ein islamisches Geheim- und Auserwähltheitsstreben; bedingungsloser Gehorsam der "Schläfer"; das Verbergen der eigenen Lehre zum Zweck der Vertuschung; ein geheimnisvoller Oberbefehlshaber in seinem Rückzugsort; eine systematische Terrorisierung einer Hochkultur durch die bloße Drohung weiterer Mordtaten.] Zwischen 1980 und Februar 2000 hatte es im Nahen Osten, Asien, Lateinamerika und in Europa mehr als 300 Selbstmordanschläge gegeben, von denen man 271 bestimmten Gruppen zuordnen konnte. Als sich im Februar 2000 mehr als 80 Mitarbeiter der wichtigsten Geheimdienste der Welt in Israel zu einer Tagung trafen, war das öffentliche Interesse an der "*Ersten Internationalen Konferenz zur Abwehr von Selbstmordanschlägen*" recht gering. Die Fachleute erstellten ein Profil jener Netzwerke, die offenkundig aus ideologischen, religiösen, ethnischen, nationalistischen oder sonstigen Gründen zumindest zur logistischen Zusammenarbeit bereit schienen. Konkrete Attentatspläne dieser Art lagen den in Israel versammelten Diensten und Fachleuten zu jener Zeit nicht vor. Dennoch ließ die Geschichte der Selbstmordattentate die versammelten Anti-Terror-Fachleute vermuten, dass die Bedrohung künftig auch außerhalb der klassischen Anschlaggebiete wachsen werde. Denn die in den 80er Jahren im Libanon und auf Sri Lanka beobachteten Selbstmordanschläge fanden binnen weniger Jahre Nachahmer in Israel, Indien, Panama, Algerien, Pakistan, Argentinien, Kroatien, der Türkei, Tansania, Kenia und Saudi-Arabien. Heute gibt es nach Angaben der britischen Fachzeitschrift für Geheimdienstthemen "*Jane's Intelligence Review*" zehn religiös oder säkular motivierte Gruppen, die Selbstmordanschläge zur Durchsetzung ihrer Ziele nutzen.

#### **Anzahl der Selbstmordattentate zwischen 1980 und Anfang 2000**

"Befreiungstiger" von Tamil Eelam (LTTE), Sri Lanka und Indien	168
Hisbollah und prosyrische Gruppen im Libanon, in Kuwait und Argentinien	52
Hamas, palästinensische Autonomiegebiete	22
Kurdische Arbeiterpartei (PKK), Türkei	15
Islamischer Dschihad (PIJ), palästinensische Autonomiegebiete	8
Al-Qaida, Ostafrika	2
Al-Dschihad, Ägypten	1
Islamische Gruppe, Pakistan	1
Barbar Khalsa International, Indien	1
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA), Algerien	1

Das Attentat vom 11. September hat auf alle Fälle deutlich gemacht, dass die Bereitschaft zum Massenmord und mit geplantem Suizid keiner desolaten Lebensbedingungen bedarf, nicht inkompatibel mit rationalem Kalkül ist und offensichtlich über lange Zeit aufrecht erhalten werden kann. Diese beunruhigenden Einsichten erzwingen gründliches Nachdenken über den Zustand unserer Welt und unserer Optionen.

Bei der Betrachtung des neuen Terrorismus wird deutlich, dass sich religiös legitimierende Gruppen immer stärker an Bedeutung gewannen, während viele sozialrevolutionäre Gruppen verschwanden. Ethno-nationalistischer Terrorismus und sozialrevolutionärer Terrorismus müssen immer auch versuchen, Sympathisanten für ihre konkreten politischen Forderungen zu gewinnen. Das schließt überzogene Gewaltanwendung aus. Der sich religiös legitimierende Terrorist ist auf eine solche Unterstützung nicht angewiesen. Er sieht seine Taten als von Gott gewollt und ist sich einer Belohnung dafür im Jenseits sicher. Die Gewalt wird als gerechte Strafe für Ungläubige gesehen. Somit wird eine hohe Anzahl von Opfern billigend in Kauf genommen oder sogar gewollt. Die hemmungslose Brutalität der Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon in diesem Jahr kann so erklärt werden.

Auch wenn der fundamentalistische Terror zurzeit in der Öffentlichkeit auf ein besonders starkes Interesse stößt, sind die anderen Formen des Terrorismus jedoch nicht ausgestorben. Es ist möglich, dass sich im Umfeld der Globalisierungsgegner terroristische Strukturen bilden. Dies könnte zu einer Renaissance des sozialrevolutionären Terrorismus in Europa führen. Separatistischer Terrorismus wird weiterhin existieren. Es ist anzunehmen, dass sich besonders in den Vielvölkerstaaten China und Russland nach der Lockerung und dem Wegfall des sozialistischen Systems weitere Minderheitenkonflikte ergeben werden.

Mit dem Erstarken des fundamentalistischen Terrorismus hat sich auch der innere Aufbau der terroristischen Gruppen geändert. Früher waren sie meist hierarchisch nach militärischem Vorbild aufgebaut. Eine klare Kommandokette und Ordnung prägte das Bild. Heute überwiegt eine zellenartige Struktur mit kleinen Einzelgruppen, die isoliert voneinander operieren. Dieser Aufbau erschwert eine wirkungsvolle Bekämpfung des Terrorismus. Es ist fast unmöglich, das gesamte Gebilde auszuschalten. Allenfalls werden einzelne Zellen zerschlagen, die schnell wieder ersetzt werden können.

Immer wieder wird das Szenario von terroristischen Anschlägen (z.B. gegen zivile AKWs oder Chemiewerke) mit ABC-Waffen beschrieben. Die Wahrscheinlichkeit ihres Eintreffens kann jedoch schwer eingeschätzt werden. Fest steht aber auch, dass ABC-Waffen zu bekommen sind. Weltweit gibt es mehr als 10.000 Örtlichkeiten, wo Terroristen sich radioaktives Material beschaffen könnten - von gut bewachten militärischen Anlagen bis zu völlig offenen zivilen Einrichtungen. Ein Einsatz von ABC-Waffen würde für Terroristen einen höheren logistischen Aufwand bedeuten und somit ein höheres Risiko, entdeckt zu werden. Dass fanatische Gruppen zu ABC-Waffen greifen können, beweist der Anschlag auf die U-Bahn von Tokyo mit dem Nervengift Sarin. Eine mögliche Quelle könnte das zerfallende Arsenal der sowjetischen Armee und ihre große Zahl an arbeitslosen Experten bilden. [Anm.: Vgl. Ken Alibek/Stephen Handelman: Direktorium 15. Russlands Geheimpläne für den biologischen Krieg. München-Düsseldorf 1999.] Eine völlige Sicherheit gibt es nicht, solange Massenvernichtungswaffen existieren.

### B-Waffen: Das "dreckige Dutzend"

Trotz internationaler Ächtung wird weltweit an biologischen Kampfstoffen gearbeitet. Eine Vielzahl von Bakterien, Viren und biologischen Giften rühren Forscher in den Kriegsküchen zusammen, um möglichst wirkungsvoll töten zu können.

	Name	Wirkung	Natürlicher Infektionsweg	Medizinische Vorbeugung	Therapie
<b>Bakterien</b>					
	<b>Bacillus anthracis</b>	Milzbrand	Verdauungstrakt, Lunge, Haut	Eingeschränkt wirksamer Impfstoff nur für Militär, in Deutschland nicht verfügbar	Antibiotika
	<b>Yersinia pestis</b>	Lungenpest	Tierkontakt, Tröpfcheninfektion	Antibiotika bei Risiko; Impfstoff, in Deutschland nicht verfügbar	Antibiotika
	<b>Francisella tularensis</b>	Tularämie (Hasenpest)	Tierkontakt (z.B. Zecken)	Impfstoff im Versuch, prophylaktisch Antibiotika	Antibiotika
	<b>Brucellen</b>	Brucellose	Tierkontakt, Nahrung	keine	Antibiotika
	<b>Coxiella burnetii</b>	Q-Fieber	Tierkontakt, Lunge	Impfung	Antibiotika
	<b>Burkholderia mallei</b>	Rotz	Haut, Lunge	keine	Antibiotika
<b>Viren</b>					
	<b>Variola</b>	Pocken	Tröpfcheninfektion	Impfstoff nur noch sehr beschränkt für Militär	keine
	<b>Venezolan. Equine Enzephalitis</b>	Gewebezersetzen, Blutungen	Tierkontakt, Körperflüssigkeiten	keine	keine
	<b>Marburg</b>	Gewebezersetzen, Blutungen	Tierkontakt, Körperflüssigkeiten	keine	keine

Biologische Gifte					
	<b>Botulinum-Toxin</b>	Gewebezersetungen, Blutungen	-	keine	Botulinum-Antitoxin>
	<b>Rizin</b>	Gewebezersetungen, Blutungen	-	keine	keine
	<b>Staphylokok-Enterotoxin B</b>	Schock, Koma	-	keine	keine

Aus: Stern Nr.43 / 2001

Spätestens seit 1995 sind Sammlungen von biologischem Material in den Verdacht geraten, Bakterien und Viren, die als Waffen verwendet werden können, zu verteilen. Damals hatte der Rechtsradikale Larry Harris in einem Brief bei der weltweit größten Sammlung "American Type Culture Collection" drei Ampullen mit Pest-Erregern bestellt. Und er hätte sie auch bekommen, wäre er nicht durch seine unprofessionelle, ungeduldige Mahnung aufgefallen. Der Fall führte 1996 in den USA zu einem neuen Gesetz, nach dem die Sammlungen die Identität der Kunden überprüfen müssen - doch solche Kontrollen existieren noch nicht überall. Das "World Directory of Collections of Cultures and Microorganismus" (WDCM) hat am 21. September 2001 insgesamt 473 Kultursammlungen in 61 Ländern rund um die Welt registriert - ob Armenien, China, Iran, die Philippinen, Uganda, Usbekistan oder Simbabwe -, deren Homepages mit Bestellkatalog im Internet stehen. Gedacht ist der offene Handel für die medizinische Forschung. Ebenso schnell wie Wissenschaftler könnten aber auch andere an Bakterien- und Virenstämme herankommen. So hat die CIA vor zwei Jahren auf dem ehemaligen Atomtestgelände in Nevada eine "Bakterienbombe" rekonstruiert, die einst von sowjetischen Wissenschaftlern entwickelt wurde. Das Ergebnis ist ernüchternd: "Der Apparat wurde ausschließlich aus Produkten gebaut, die im Warenhaus oder bei anderen Lieferanten frei erhältlich sind", schrieb die "New York Times".

Wahrscheinlich verfügen heute 17 Staaten über biologische Waffen, darunter Irak, Nordkorea, Syrien, China, Iran, Ägypten und Libyen. Viele dieser Länder haben arbeitslose Mikrobiologen aus der ehemaligen Sowjetunion angeheuert. Ein Report des US Congressional Office of Technology Assessment von 1993 rechnet vor, dass 100 Kilogramm Anthrax-Sporen, als Aerosol über Washington D.C. versprüht, hunderttausende Menschen töten würde. Andere Studien gehen bei dieser Menge von bis zu drei Millionen Toten aus. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Weltgesundheitsorganisation WHO kürzlich ihre Mitglieder aufgefordert hat, das Risiko ernst zu nehmen und Vorsorge gegen Bio-Terrorismus zu treffen. Wie schwer dies sein dürfte, zeigen folgende Zahlen: Allein in der Schweiz gibt es momentan rund 1.000 registrierte Forschungsprojekte in diesem Bereich, vor rund 15 Jahren waren es noch etwa 50.

## 7. Überlegungen zur Bekämpfung des Terrorismus

Wie soll man den internationalen Terrorismus erfolgreich bekämpfen? Die Terroristen haben ihr Ziel erreicht. Sie haben die höchsten Symbole der wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA und damit der westlichen Welt beschädigt. Zieht man in Betracht, dass Symbole gerade im Orient eine wesentlich höheren Stellenwert haben als allgemein im Westen, erhält dieser "Erfolg" in ihren Augen eine einzigartige Dimension. Er wird selbst zum Symbol für die Überlegenheit des Islam gegenüber dem "amoralischen, atheistischen und materialistischen Westen". Zudem wurde der Terrorangriff zu einer göttlichen Entscheidung erhoben, verhängt als Strafe für die moralische Verderbnis des Westens. Auf einfache und jahrelang indoktrinierte religiöse Gemüter wird diese simple Logik einen erheblichen Eindruck machen.

Zweifellos können die USA den letztlich gegen die gesamte westliche Zivilisation gerichteten Terrorakt nicht einfach hinnehmen - schon weil dies zu weiteren Terroranschlägen einladen würde. Die USA haben das Recht, sich gegen die Angriffe zu verteidigen. Doch wenn man einen "clash of civilizations" mit allen - auch innenpolitischen - Folgen vermeiden will, muss die Reaktion so sein, dass man nicht in die gestellte Falle tappt. Jeder in der muslimischen Welt, der sich nicht den fundamentalistischen Kreisen zugehörig fühlt - und dies ist die weitaus überwiegende Mehrheit - würde erleichtert sein, wenn es dem Westen gelänge, in gezielten Aktionen Bin Ladin und seine (und andere) Terrorzellen nebst Talibanführung in Afghanistan ihrer gerechten Strafe zuzuführen, solange dies der afghanischen Zivilbevölkerung keine erneuten Leiden zumutet oder das Leben Unschuldiger kostet.

Es muss jedoch daran erinnert werden, dass es einst die USA zusammen mit Saudi-Arabien und Pakistan waren, die den Taliban materielle und waffentechnische Unterstützung gewährt haben. Das amerikanische Projekt einer Erschließung der zentral-asiatischen Erdgas- und Erdölfelder mit Pipelines quer durch Afghanistan an die Küste Pakistans zielte darauf ab, "unsichere" Regionalmächte wie den Iran zu umgehen. Dazu musste Afghanistan befriedet werden und ein Mindestmass an politischer Stabilität entstehen. Als daher seit 1994 die "Studenten" aus den Koranschulen (Medressen) Belutschistans und Nordpakistan auftauchten, um mit dem Schwert des Islam und der tatkräftigen Unterstützung des pakistanischen Geheimdienstes der Willkür in ihrer Heimat ein Ende zu bereiten, weckten sie auch in Washington zunächst durchaus berechnete Hoffnungen.

Doch es waren merkwürdige Paten, die dieser Geburt zur Seite standen: Die multinationalen Erdölgesellschaften Bidas aus Argentinien, Unocal aus den USA und Delta aus Saudi-Arabien wetteiferten miteinander darum, Pipelines aus den Erdgasfeldern von Turkmenistan nach Pakistan, Indien und an die Verschiffungshäfen am Indischen Ozean bauen zu können. Ihre Interessen stimmten mit jenen Pakistans überein; Islamabad hoffte, mit einer afghanischen Landverbindung die zentralasiatischen Märkte erschließen und mit den Pipelines billige Energie ins Land bringen zu können und im Kaschmir-Konflikt mit dem Erzfeind Indien "strategische Tiefe" zu gewinnen.

Die USA, gewohnt, mit konservativen islamischen Regimen zusammen zu arbeiten, gaben ihre Zustimmung. 1994 begann *Naseerullah Babar*, Innenminister im Kabinett von *Benazir Bhutto*, die Taliban aus den Medressen zu rekrutieren, diese mit Hilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI zu bewaffnen und über die Grenze zu bringen. Doch die Taliban waren wirtschaftspolitisch weniger gelehrt als im Religionsunterricht. Die Pipeline erwies sich, ebenso wie die konservative Stabilität der Regimes, als eine Fata Morgana.

Durch die Ölkonzerne flossen ca. 15 Millionen Dollar direkt in die Hände der Taliban. Noch Weihnachten 1997 waren Taliban-Vertreter auf einem VIP-Besuch in Washington und wurden u.a. vom damaligen US-Vize-Außenminister Karl Inderfurth empfangen, erst im Dezember 1998 brach Unocal die Beziehungen zu den Taliban ab. In der Folge begnügten sich die Taliban damit, mit Hilfe von Schmuggel, Drogengeldern und Transportzöllen ihre Kriegskasse zu alimentieren. Nach Schätzungen eines UN-Vertreters in Kabul beliefen sich die Staatseinnahmen im Jahr 1999 auf rund 300 Millionen Dollar. Die Kosten für Infrastruktur- und Sozialausgaben sowie für humanitäre Hilfe - eine Summe in etwa gleicher Höhe - überließen die Taliban dagegen den westlichen Hilfswerken.

Afghanistan ist jedoch nur ein Nebenschauplatz in dieser Auseinandersetzung zwischen dem Islam und dem Westen. Kristallisationspunkt bleibt der Israel-Palästina-Konflikt. Jerusalem ist bei allen Muslimen ein verinnerlichtes Symbol (wie auch bei den Israelis). Deshalb wird Bin Ladin nicht müde, seine militanten Anhänger gebetsmühlenhaft darauf hinzuweisen, dass **"eure Brüder in Palästina sehnen sich auf euch zu warten"**. In der muslimischen und besonders in der arabischen Welt wird Israel als von Amerikas Gnaden existierende postimperialistische Kolonie angesehen - als Pfahl im Fleische der arabischen Welt - und damit als Fremdkörper. Dies gilt nicht nur für fundamentalistische Kreise. Ministerpräsident Scharons brutale Unterdrückungspolitik tut alles, um diesen Eindruck zu bestätigen. Die USA, aber auch Europa und nicht zuletzt Deutschland, haben hier völlig versagt. Es ist höchste Zeit, dass Präsident George W. Bush nun einen Palästinenserstaat an der Seite Israels vorschlägt. In Washington erklärte er dazu: **"Die Idee eines Palästinenserstaates war immer Teil einer Vision, solange das Existenzrecht Israels respektiert wird."** Er kommt damit endlich auch auf die alte Wahrheit zurück, die jeder kennt, der sich mit der Region befasst: Dass nur die Selbstbestimmung der Palästinenser in einem gleichberechtigten, souveränen Staat geeignet ist, die schlimmsten Spannungen aus der Region zu nehmen, vor allem jedoch die Vorwände für die Gewalt.

Wollen die USA und der Westen die terroristische Gefahr durch islamistische militante Gruppen beseitigen, gilt es, die gesamte Nahostpolitik zu revidieren, sie vor allem glaubwürdiger zu gestalten. Einzelne religiöse oder ideologische Verblendete, die auch vor Terror nicht zurückschrecken, hat es in allen Gesellschaften gegeben und wird es immer geben. In großem Maße gefährlich werden solche Verblendete aber erst, wenn sie ein genügend großes Potenzial von Menschen finden, die sich aus einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder psychologischen Ausweglosigkeit heraus leicht zu einem radikalen Fanatismus aufstacheln lassen, der bis zur Selbstvernichtung führen kann. Derlei Ursachen zu beseitigen muss das langfristige Ziel der Terrorismusbekämpfung sein.

Aber all dies bedeutet noch keine Garantie für ein Ende der unruhigen Zeit. Selbst wenn alle Konflikte der Region gelöst oder geregelt wären, ändert dies nichts an der Tatsache, dass die arabisch-islamischen Länder der ökonomischen und kulturellen Dynamik des Westens wenig entgegenzusetzen haben. Auch die unterschiedlichen Vorstellungen darüber, wie der Mensch zu leben und seine Gesellschaft zu gestalten habe, werden davon nicht berührt. Es ist übrigens ein Antagonismus, der sich auch quer durch die islamischen Gesellschaften zieht. Dass dem Westen widerstanden werden müsse, lehrten manche Muslime schon zu einer Zeit, da es den Staat Israel noch gar nicht gab, ja selbst als England noch keine Protektorate im Orient hatte und Amerika noch nicht einmal Weltmacht war. Usama bin Ladins Botschaft ist verschleiert. Sie erweckt den Eindruck, als gäbe es zwischen dem Westen und dem Islam nur einige politische Konflikte. Wenn diese geklärt seien, sei alles im Lot. Mitnichten!. Auch wenn es keinen "Kampf der Kulturen" geben sollte, liegt doch ein weiter Weg des ökonomischen und kulturellen Ausgleichs zwischen dem Westen und der islamischen Welt.

Die Suche nach Strategien zur Bekämpfung des Terrorismus ist mehr von grimmiger Entschlossenheit geprägt als von klaren Visionen. Es gibt, jenseits plausibler militärischer Optionen gegen die Urheber der Anschläge und deren Unterstützer, weder einen einigermaßen zuverlässigen Zeitrahmen noch lässt sich abschätzen, wer mit welchem Engagement den weltweiten Kampf gegen diese Geiseln führen wird.

Bis jetzt haben die USA ein erstaunliches Maß an verbaler Solidarität erfahren. Das Phänomen des Terrors lässt sich jedoch auch zur Verfolgung sekundärer Ziele benutzen, die nur mittelbar oder gar nicht mit der Ahndung der schrecklichen Verbrechen von New York und Washington zu tun haben. Schließt man noch die banale Erkenntnis mit ein, dass Terror nicht gleich Terror ist, wird schnell klar, dass einer weltweiten Kampagne gegen einen Bin Ladin und dessen Netzwerke beträchtliche Risiken innewohnen. Eines ist die Gefahr, dass Staaten oder Regime, die selbst ein Terrorproblem haben, bestrebt sein könnten, auf der Anti-Terror-Welle mitzuschwimmen und sich einer kritischen Beurteilung ihrer selbst damit zu entziehen.

Sofort tönte es beispielsweise aus Israel und Russland unisono und nicht ohne Genugtuung, nun hätten endlich auch die Amerikaner erfahren, was Terror sei, und dass man sie immer davor gewarnt habe. Bereits hier war der Versuch zu beobachten, den Begriff des Terrors zu verabsolutieren, vor allem aber den zwingenden Bezug von Ursache und Folge zu vertuschen. Während die Israeli die Konsternation im Westen umgehend zu Militäraktionen im Westjordanland nutzten, setzte der russische Präsident Putin zu einer Anti-Terror-Offensive an, mit welcher er vor allem in den westeuropäischen Hauptstädten einen durchschlagenden Erfolg hatte. Putin verfolgt dabei zwei Ziele: Das "Kainsmal" Tschetschenien loszuwerden und aus der schwierigen Lage mehrerer Nato-Länder nach dem 11. September in Bezug auf die Frage einer möglichen Osterweiterung des Bündnisses möglichst viel Kapital zuschlagen.

Wenn *Putin* nach seinen Gesprächen in Brüssel (September 2001) bereits neue Sicherheits- und Kooperationsstrukturen in Europa entstehen sieht und hochrangige deutsche Politiker schon eine Mitgliedschaft der Russen in der Nato und der EU am Horizont sehen, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass da bei der Kommunikation einiges schief zu laufen scheint. Natürlich ist es wünschenswert, Russland in eine Anti-Terror-Koalition einzubinden, auch wenn es vielleicht von wenig praktischem Nutzen ist. Aber eine "differenziertere" Art



der Betrachtung (Bundeskanzler Gerhard Schröder) von Verbrechen, wie sie beispielsweise von den Russen in Tschetschenien begangen wurden, ist doch sehr fragwürdig. Noch weniger ist es akzeptabel, dass man Terror so definiert, wie das Moskau im Falle Tschetscheniens tut. Wenn heute islamistische Extremisten auf der Seite der Rebellen im Kaukasus mitwirken, dann ist dies vor allem die Folge russischer Gewaltpolitik und nicht deren Voraussetzung. Ein ähnlich kausaler Sachverhalt ließe sich auch für die israelischen Siedlungen im Westjordanland oder natürlich für Afghanistan selber anführen.

Dass sich die westlichen Länder bei ihrer umfassenden Anti-Terror-Strategie auf zweifelhafte und heikle Verbündete stützen müssen, ist wohl unvermeidlich. Länder wie Usbekistan oder Tadschikistan, auf deren Territorium man angewiesen ist, werden einen Preis für ihr Wohlverhalten einfordern. Dieser wird zu ertragen sein. Schwerer verständlich ist es, wenn Prinzipien relativiert werden, die man gerade in Europa dem Zusammenwachsen des ehemals getrennten Kontinents zugrunde legen will. Ein Sieg über den weltweiten Terrorismus hat langfristig nur dann Erfolg, wenn er auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte und der Einhaltung demokratischer Prinzipien errungen wird. Dies sind gleichsam Konstanten der Anti-Terror-Gleichung, die nicht "differenziert" werden dürfen.

### **Ein notwendiges, in sich schlüssiges und komplexes Gesamtkonzept muss folgende Handlungsebenen berücksichtigen:**

**Politisch:** Die terroristischen Angriffe auf amerikanischem Boden haben Washington klar gemacht, dass seine "unipolare" Politikausrichtung obsolet sein dürfte. Wenn Amerika seine lebensnotwendigen Sicherheitsinteressen zu Hause und auch im Ausland langfristig wahren will, ist es unweigerlich mehr als bisher auf die Unterstützung seiner Verbündeten angewiesen. Wie wir jetzt im Bündnis gegen den Terrorismus sehen, sind die entstehenden Allianzstrukturen sehr viel spontaner und flüchtiger als diejenigen, die während des Kalten Krieges existierten. Plötzlich wird eine sensible und differenziertere Diplomatie unentbehrlich.

Eine stärkere Beteiligung der UNO im Kampf gegen den Terrorismus ist dringend notwendig [Anm.: Bisher wurden bereits 12 Konventionen gegen den Terrorismus verabschiedet, die aber weitgehend uneffektiv blieben, da es dabei keine verbindliche Definition des Begriffs "Terrorismus" gab.]. Dazu gehört eine effektive Isolierung und Ächtung von Staaten, die Terroristen unterstützen sowie unbedingt die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs [Anm.: Das Gericht soll unter anderem "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" untersuchen. Darunter versteht das Statut Tötungen und "andere unmenschliche Handlungen ähnlicher Art", wenn sie im Rahmen eines "ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung" begangen werden. Zudem wird das Gericht auch zuständig sein für das Verbrechen der Aggression.] (auch gegen den erbitterten Widerstand der Vereinigten Staaten).

Sicherung der Staatsgrenzen, wobei Freizügigkeit und Grenzsicherheit keineswegs unvereinbare Prinzipien sind (so werden in Zukunft Lichtbilder in die so genannten Schengen-Visa eingeführt), denn Migration ist eines der konstituierenden Elemente einer jeden Gesellschaft, sie baut ökonomische, soziale und kulturelle Brücken zwischen den Völkern und Staaten.

Vorrangig ist eine bessere nationale und internationale Kooperation von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Bankenwelt, Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten herzustellen.

Lösung der politischen Ursachengeflechte, die zum Terrorismus führen: Am dringendsten ist dabei die Bearbeitung jener Konflikte, die in der muslimischen Welt die meiste Verbitterung erzeugen und die Katalysatoren des islamistischen Terrorismus sind, nämlich die Intifada im Nahen Osten, der Kampf in Tschetschenien in Kaschmir sowie die Reformen der autoritären Regime des Nahen Ostens. [Anm.: Empörung über Korruption, Vetternwirtschaft, soziale Not und Unterdrückung ist einer der wichtigsten Gründe dafür, dass sich junge Saudis oder Ägypter dem Islamismus zuwenden.]

Die Europäer müssen aus dem Konflikt ihre eigenen Konsequenzen ziehen: Sie brauchen eine Infrastruktur an Institutionen und "Think Tanks", um internationale Spannungen frühzeitig zu erkennen und dann rechtzeitig politisch und wirtschaftlich an deren Entschärfung zu arbeiten. Konfliktprävention und Krisenmanagement sind überlebensnotwendig. In Zeiten der Globalisierung kann es sich kein reiches Land mehr leisten, die kleinen "dreieckigen Kriege" am anderen Ende der Welt zu übersehen.

**Militärisch:** Nach einer Resolution der UN-Generalversammlung aus dem Jahre 1970 ist jeder Staat dazu verpflichtet, "...nicht untätig Aktivitäten auf dem eigenen Gebiet zuzulassen...", die auf die Begehung terroristischer Akte zielen. Im konkreten Fall hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Taliban in der Resolution 1214 schon im Dezember 1998 aufgefordert, das Treiben und das Training von Terroristen und ihren Organisationen zu unterbinden. Unterstellt man, dass der terroristische Angriff jedenfalls auch in Afghanistan geplant wurde, so könnte sich das Land rechtlich also keinesfalls auf Nichtwissen berufen. Dementsprechend geht auch die Resolution des Sicherheitsrates vom 12. September 2001 davon aus, dass unter den gegebenen Umständen das Recht der Selbstverteidigung Anwendung findet. Am 28. September 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1373. Sie verpflichtet alle Staaten, die Netze des Terrorismus zu zerschlagen. Und: Sie bekräftigt das "Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung" zudem die "Notwendigkeit, die Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit allen Mitteln, im Einklang mit der Charta, zu bekämpfen". Damit sind die USA zumindest formal im Recht. Betrachtet man aber die vielfältigen Folgen eines militärischen Vorgehens und der ihm zugrunde liegenden Haltungen, so sind große Zweifel angebracht. Die Entscheidung für die Form der Gegenaktionen darf den USA nicht alleine überlassen bleiben, da deren Folgen nicht nur die USA, sondern die ganze Welt betreffen. Ein begrenzter Einsatz militärischer Mittel ist also evtl. dann gerechtfertigt, wenn er als erweiterter Polizeieinsatz erkennbar ist, wenn man nicht unschuldige Opfer trifft und neuen Terror produziert. Hier wird einmal mehr deutlich, wie wichtig eine "neutrale", der UNO unterstellte "Fremdenlegion für den Frieden" wäre, wenn man meint, auf Gewaltanwendung nicht verzichten zu können. War bisher die Durchsetzung der Menschenrechte das Argument des Westens für Interventionen, so tritt nun offenbar das Argument der Bekämpfung des Terrorismus an seine Stelle. Dazu die Haltung von Bundeskanzler Schröder in seiner historischen Bundestagsrede am 11. Oktober: "Wir haben uns in einer neuen Weise der internationalen Verantwortung zu stellen", die auch "militärische Operationen einschließt".

**Wirtschaftlich:** Das Problem einer gerechten Weltwirtschaftsordnung muss endlich angepackt werden, die Chancen der Globalisierung (= Amerikanisierung) müssen fairer verteilt werden. Erhöhung der Entwicklungshilfe auf die seit Jahren versprochenen 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes [Anm.: In Deutschland sank der Anteil der Entwicklungshilfe von 0,48% im Jahr 1982 auf derzeit 0,27%], denn der Schlüssel für eine nachhaltige Eindämmung des Terrorismus liegt in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Krisenregionen. Armut und Hoffnungslosigkeit, vor allen Dingen der jungen Menschen, sind der ideale Nährboden für die Rekrutierung von terroristischen Aktivitäten.

**Finanziell:** Unterbindung der Finanzierung und der finanziellen Unterstützung der Terroristen. Deshalb sind z.B. Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche wichtig. Die Terroranschläge auf Amerika sind mit relativ geringen Geldmitteln finanziert worden. Wegen dieses geringen Umfanges ist die Aufklärung terroristischer Geld- und Finanzquellen noch ungleich schwieriger als die Enttarnung anderer Geldwäsche-Aktivitäten auf den Feldern der organisierten Kriminalität. Ziel muss es also sein, den Kampf gegen Geldwäsche international zu verstärken, eine Harmonisierung der Finanz- und Fahndungsgesetze sowie eine bessere nationale und internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zu erreichen.

**Kulturell:** Kulturpolitik ist die beste Krisenprävention, um mit der islamischen Welt in einen fruchtbaren Dialog zu treten. Es geht dabei um eine geistig-philosophische Auseinandersetzung mit dem Islam. [Anm.: Die Art und Weise, wie der Westen mit der arabisch-islamischen Welt umgegangen ist, stellt eine Kette bitterster Erfahrung dar. Die Neuzeit beginnt 1798 mit der Invasion Napoleons in Ägypten, es folgen die Kolonisierung Nordafrikas, die Niederschlagung der ägyptischen Reformbewegung im 19. Jahrhundert. Dann die traumatische Erfahrung, dass nach dem Ersten Weltkrieg die mit den Briten und Franzosen verbündeten Araber nicht die ihnen versprochenen Länder erhielten, sondern dass Protektorate errichtet wurden. Schließlich die Gründung des Staates Israel, die von den Arabern als Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln interpretiert wurde. Im Suez-Krieg 1956 versuchten schließlich Frankreich und Großbritannien, die ägyptische Hoheit über den Suez-Kanal zu brechen. Das alles verdichtet sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Sichtweise, die im Westen und vor allem in den USA die Feinde der Araber sieht.] Der Ausbau der Goethe-Institute und anderer Einrichtungen wie z.B. die Humboldt-Stiftung im Ausland sind äußerst wichtig, aber auch den Dialog mit den Muslimen im Inneren Deutschlands muss gesucht werden. Dies ist allerdings zumindest für offizielle Stellen auch deshalb sehr schwierig, weil es keinen zentralen Ansprechpartner der Muslime in Deutschland gibt. Um ein Klima der Toleranz zwischen den Religionen in Deutschland aufzubauen, geht es darum, den Islam als gleichberechtigte Religion in Deutschland anzuerkennen, Muslimen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu ermöglichen, islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen einzuführen, die Imame an deutschen Universitäten auszubilden, die Erlaubnis zum Schächten, dem Schlachten nach muslimischen Regeln, zu gestatten. Kurz: Alles unterstützen, um einen "europäischen" Islam zu stärken. Dazu ist eine Entpolitisierung der Religion notwendig, sie muss in die Privatsphäre zurückkehren.

**Gesetzlich:** Hier bieten sich eine Fülle von Möglichkeiten an, z.B. Zentraldatei für Fingerabdrücke, Ausweitung der räumlichen Befugnisse des Bundesgrenzschutzes, Einführung eines neuen Paragraphen 129B im Strafgesetzbuch [Anm.: Damit kann die Polizei auch gegen solche Mitglieder einer ausländischen Terrorgruppe ermitteln, die sich bislang in Deutschland nichts haben zuschulden kommen lassen; bisher war dies nur möglich, wenn Terrororganisationen in Deutschland wenigstens eine Teilstruktur unterhielten], Streichung des Religionsprivilegs aus dem Vereinsgesetz (damit können auch Religionsgemeinschaften verboten werden, wenn sie verfassungsfeindliche Ziele verfolgen), umfassende Kronzeugenregelung im Strafgesetzbuch, bessere Kontrolle des Waffenhandels, Verhinderung von Proliferation (Weitergabe von Waffen), Kontrolle über die Herkunft von Sprengstoffen und anderer gefährlicher Substanzen. Dabei sollte es möglich sein, die jeweiligen Gesetze eventuell nur für eine zeitlich begrenzte Frist zu verabschieden (Beispiel England, Sunset laws, Gesetze auf Probe). Unbestritten gilt es dabei aufzupassen, dass wir nicht plötzlich eine andere Republik haben, und in einem Überwachungsstaat enden. Es darf nicht sein, dass der Sicherheitsapparat die Gelegenheit nutzt, um sich alte Wünsche zu erfüllen. In den Worten der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder: "Gegenwärtig wird ohne Rücksicht auf das grundrechtliche Übermaßverbot vorgeschlagen, was technisch möglich erscheint, anstatt zu prüfen, was wirklich geeignet und erforderlich ist" (26. 10. 2001).

**Polizei/Verfassungsschutz/Geheimdienste:** Terrorbekämpfung ist vor allem Polizei -, Verfassungsschutz- und Geheimdienstarbeit. Polizeiliche Sicherheitslogik und Sicherheitspessimismus dürfen aber nicht dominieren. Wichtig ist ein Datenverbund der Geheimdienste (Informationsbeschaffung und Aufklärung machen rund 85 Prozent des Kampfes gegen den Terrorismus aus, der Rest sind daraus folgende Operationen; bisher tauschen die Geheimdienste allerdings maximal 70 Prozent ihres Wissens aus, der Rest ist "Herrschaftswissen"), eine gemeinsame europäische Kriminalitätsbekämpfung sowie ein besserer Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden. Je mehr Daten allerdings der Verfassungsschutz sammeln darf, desto stärker muss er überwacht werden Vor fünf Jahren hat Otto Schily, damals gemeinsam mit dem jetzigen Fraktionsvorsitzenden der SPD Peter Struck, eine grundlegende "Neuordnung bei den Nachrichtendiensten" verlangt. Eine der damaligen Forderungen: Ein Geheimdienstbeauftragter, der ohne Ankündigung alle Dienststellen besuchen kann, der mit einer Behörde ausgestattet ist und selbstständig Einblick in die Datenprogramme nimmt. Schily sprach damals von checks and balances, von dem wichtigen, freiheitswahrenden Gleichgewicht zwischen staatlicher Macht und ihrer Kontrolle. Längst vergessen scheint nämlich die Warnung von Benjamin Franklin zu sein, dem Gründungsvater der USA, der einst sagte: "Wer bereit ist, grundlegende Freiheiten aufzugeben, um sich kurzfristige Sicherheit zu verschaffen, der hat weder Freiheit noch Sicherheit verdient".

**Organisatorisch:** Gewiss ist eine verstärkte Fluggepäck- und Personenkontrolle angebracht. Eine neue Verordnung zur Flughafensicherheit, dadurch beispielsweise bessere Kontrollen an den Flughäfen (Beispiel El Al-Sicherheitsstandart; dabei gilt es aber zu bedenken dass die israelischen Maschinen im Jahr 2000 nur 14,6 Millionen Passagiere transportierten, während weltweit 1,7 Milliarden Menschen geflogen sind; wenn also der El Al-Standard auf alle Flüge übertragen wird, muss mit einer Halbierung der Flüge gerechnet werden), bewaffnete Sky-Marschalls, als Passagiere getarnt, wie in den israelischen Flügen üblich (allein um alle deutschen Flüge mit getarnten Wachen auszustatten, wären rund 10.000 Luft-Marschalls im Schichtdienst notwendig), könnten ein Gefühl von Sicherheit erzeugen.

## **Letztendlich gibt es zwei grundsätzliche Lösungswege:**

**Pragmatisch:** Die Wohlstandsinseln schotten sich als Festungen ab, mit härteren Immigrationsgesetzen, Grenzsicherungen, Überwachung der Bürger, Einschränkung der Bürger- und Menschenrechte, mehr Polizei, mehr Staat. Gleichzeitig werden die Stützpunkte in der Welt zu einem Netz von Protektoraten ausgebaut, im Balkan, in Nahost, Zentralasien und Zentralamerika. Vorteil: Der Zugriff auf Ressourcen und Märkte ist gesichert. Nachteile: Das Ende der Demokratie, ein Klima der Denunziation wird sich ausbreiten, Militarisierung, hohe Unsicherheit. Der Terrorismus ist aber mit militärischen Mitteln allein nicht zu besiegen. Klarsichtig formulierte Robert D. Kaplan bereits 1994: "Die Demokratie könnte in der Geschichte der Menschheit nur eine kurze Klammer gewesen sein".

**Offene Lösung:** Die Weltbank, die NGO's und auch einige Regierungen tendieren zu einer offenen Lösung. Nur wagt sich kaum jemand an sie heran. Sie zielt auf die Befriedung durch Umverteilung von Wohlstand und Chancen, eine gerechte Weltwirtschaftspolitik, auf faire wirtschaftliche Tauschverhältnisse, eine ungeteilte Menschenrechtspolitik und die gleichberechtigte Anerkennung aller kulturell-religiösen Identitäten - mit Ausnahme ihrer fundamentalistisch politisierten Varianten. Sie zielt also auf Entwicklung und "Weltinnenpolitik" (Willy Brandt im Nord-Süd-Bericht), die Förderung der Zivilgesellschaft und regionaler Entwicklungsbündnisse, kurzum auf einen globalen Marshallplan. Reizvoll, aber ohne Umverteilung - auch von Macht - und ohne Wohlstandsverlust im Westen nicht zu haben.

In diesem Feld zwischen autoritären Regimen und neuer Weltgesellschaft sortiert sich das geistige Leben des Westens in den nächsten Jahren neu. Streit ist angesagt, denn konsensfähig wäre derzeit leider nur die Verteidigung des Wohlstands, bis er zusammenbricht. Auf Dauer können Frieden und Freiheit nur durch Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Toleranz, Menschenrechte und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erreicht werden. Wie der französische Dichter Victor Hugo schon sagte: "Das Recht steht über der Macht".

Diejenigen Leser, die sich ausführlicher mit dem Thema beschäftigen wollen, verweisen wir auf einen ausführlicheren Vortrag von Dr. Peter Barth und eine weiterführende Literaturliste, die Sie unter [www.peterbarth.de](http://www.peterbarth.de) finden.

Bezug der "Denkanstöße":

Studiengesellschaft für Friedensforschung e.V., Fritz-Baer-Straße 51, D-81476 München, Tel./Fax: 089/7244713; Konto: 141500-800; BLZ 700 100 80; Postbank München. Druckkostenanteil für 100 Stück: 4-seitig EUR 10,25 / 6-seitig EUR 15,50 / 8-seitig EUR 20,50 Nr. 45, 46, 47 je EUR 50,00. Bei Einzelbezug bitten wir um eine Spende nach Ihren Möglichkeiten.